



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

**Budgetbuch 2013
Fachbereich 3
Bürgerservice,
Ordnung, Feuerwehr
und Rettungsdienst**

**Budgetbuch
Fachbereich 3
Bürgerservice, Ordnung,
Feuerwehr und Rettungsdienst**

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Haushaltssatzung	1 - 5
2.	Verzeichnis der Produkt- und Auftragskonten mit Deckungsvermerken	7- 17
3.	Produktplan	19
4.	Planungsreport	21 - 29
5.	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u>	
5.1	Fachbereich 3 – Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst	30 - 31
5.2	<i>Produktgruppe 300 Bürgerberatung</i>	
5.2.1	Produkt 050 Telefonservice Center	32 - 33
5.2.2	Produkt 100 Melderegister und Personaldokumente	34 - 36
5.2.3	Produkt 200 Hundesteuer, Sozialpässe, Fundsachen	38 - 39
5.2.4	Produkt 300 Wahlen und Statistik	40 - 42
5.2.5	Produkt 400 Rentenversicherungsangelegenheiten	44 - 45
5.2.6	Produkt 500 Gewerbe	46 - 47
5.2.7	Produkt 600 Märkte	48 - 49
5.3	<i>Produktgruppe 310 Ordnungsangelegenheiten</i>	
5.3.1	Produkt 100 Allgemeine öffentliche Sicherheit und Ordnung	50 - 52
5.3.2	Produkt 200 Parkraumbewirtschaftung und Überwachung	54 - 55
5.4	<i>Produktgruppe 320 Feuerwehr</i>	
5.4.1	Produkt 100 Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen	56 - 58
5.4.2	Produkt 200 Vorbeugender Brandschutz	60 - 61
5.5	<i>Produktgruppe 330 Krankentransport und Rettungsdienst</i>	
5.5.1	Produkt 100 Transport von Kranken	62 - 63
5.5.2	Produkt 200 Transport von Notfallpatienten / Herstellung der Transportfähigkeit	64 - 65
5.6	<i>Produktgruppe 340 Standesamtsangelegenheiten</i>	
5.6.1	Produkt 100 Personenstandswesen	66 - 67
5.6.2	Produkt 200 Einbürgerungen	68 - 69

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2011 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2011 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2011 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können.

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 3

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.10.2012 (GV. NRW. S.474) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 07.03.2013 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2013, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	184.657.190 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	190.473.263 €

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	176.221.933 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	178.683.256 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	31.437.584 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	39.017.584 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2013 erforderlich ist, wird auf

13.926.211 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

20.299.992 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2013 wird auf

5.816.073 €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2013 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2013 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 192 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 495 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer:
auf | 430 v.H. |

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die im Zusammenhang mit

- dem **Jahresabschluss** oder
- der Umsetzung des **NKF** oder
- finanzneutralen Änderungen von Sachkonten aus finanzstatistischen Gründen oder
- finanzneutralen Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen
 - bei Strukturänderungen der Verwaltung oder
 - im Bereich der Personalwirtschaft oder
 - zum Ausgleich der stellvertretenden Budgetkürzungen im FB 1 bis zu einer Gesamtsumme von 900.000 EUR

erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Auf-

träge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kosten-rechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfinanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

kw.-Vermerk: Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers.

ku.-Vermerk: Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln.

Detmold, 07.03.2013



Heller
(Bürgermeister)

nachrichtlich:

Gemäß einem Runderlass des Innenministeriums vom 17.12.2012 sollen die in § 1 der Haushaltssatzung gemäß § 78 Abs. 2 Nr. 1 b) Gemeindeordnung NRW ausgewiesenen Gesamtbeträge der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zukünftig einzeln ausgewiesen werden. Für die Haushaltssatzung 2013 stellen sich die einzelnen Beträge wie folgt dar:

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	6.894.655 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	25.428.336 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	24.542.929 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	13.589.248 €

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Darüber hinaus werden die nachfolgenden Produkt-Sachkonten zu einem gesonderten Budget verbunden:

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Projekt: „Berufsbezogene Sprachförderung“

Ertrags-/Aufwandskonto	Einzahlungs-/Auszahlungskonto	Bezeichnung
5019006	7019006	Honorare Projekte
5422013	7422013	Mieten
5431152	7431152	Sachmittel

Projekt: „Zusätzlicher Hauptschulabschlusskurs“

Ertrags-/Aufwandskonto	Einzahlungs-/Auszahlungskonto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen / -auszahlungen
5019009	7019009	Honorare Projekte
5022009	7022009	VBL - Beiträge
5032109	7032109	Sozialversicherung
5032209	7032209	Berufsgenossenschaftsbeiträge
5391034	7391034	Qualifizierungsgeld für Teilnehmer/ -innen
5422008	7422008	Raummieten
5431127	7431127	Lehr- und Unterrichtsmittel

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches einschließlich der Auszahlungsermächtigungen für Festwerte werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 2, 3 und 8. Hier gilt Folgendes:

Im Fachbereich 2 sind die Auszahlungen für die Beschaffung von Hard- und Software im Rahmen des Medienentwicklungsplanes gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto sind jeweils innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden/Hilfeleistung bei Unglücksfällen“ einerseits sowie „Transport von Kranken/Transport von Notfallpatienten“ andererseits gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Maßnahmen im Bereich „Sportstätten“ sind gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Immobilien“, mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte; „Kanal- und Gewässerbau“, „Abwasserbeseitigung“ sowie sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Sollten sich außerdem konsumtiv geplante Maßnahmen als investiv herausstellen, gelten diese als ermächtigt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **n i c h t** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbesteuer	5341000 / 7341000 Gewerbesteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbesteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanz- ausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investi- tionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitio- nen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Jugend, Schule, Soziales und Sport

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4141025 / 6141025 Zuweisung Land für Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme	5318073 / 7318073 Zuschüsse zum Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln
4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine -	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 002.320.200: Vorbeugender Brandschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321117 / 6321117 Gebühren freiwillige Feuerwehr	5421006 / 7421006 Kostenerstattung freiwillige Feuerwehr

Produktgruppe 002.330: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-
6811303 Zuwendung Land -Fuß- und Rad- wege- (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz	7852100 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen Straßen etc. (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 009.600.300: Grünordnungs- und Freiraumplanung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4591002 / 6591002 Ausgleichszahlungen nach BAUGB	5499002 / 7499002 Ausgleichsmaßnahmen nach BauGB

Produkt 010.610.200: Bau- und Grundstücksservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweisungen des Landes -Straßentheaterfestival-	
4141016 / 6141016 Zuweisungen des Landes für Kunst- und Kulturförderung	
4142015 / 6142015 Zuweisungen des Kreises -Straßentheaterfestival-	
4145001 / 6145001 Sponsorengelder von verbundenen Unternehmen	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4146002 / 6146002 Sponsorengelder von öffentlichen Sonderrechnungen	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen In- door
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unter- nehmen -Straßentheaterfestival-	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4148004 / 6148004 Sponsorengelder und sonstige Beiträge	
4321215 / 6321215 Standgelder -Straßentheaterfestival-	
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europäischen Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften

Produkt 004.860.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4146001 / 6146001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148001 / 6148001 Spenden	

Produkt 004.880.100: Musikausbildung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktplan Fachbereich 03
Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produktgruppe		Produkt	
300	Bürgerberatung	050	Telefon-Servicecenter
		100	Melderegister und Personaldokumente
		200	Hundesteuer, Sozialpässe, Fundsachen
		300	Wahlen und Statistik
		400	Rentenversicherungsangelegenheiten
		500	Gewerbe
		600	Märkte
310	Ordnungsangelegenheiten	100	Allgemeine öffentliche Sicherheit und Ordnung
		200	Parkraumbewirtschaftung und Überwachung
320	Feuerwehr	100	Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen
		200	Vorbeugender Brandschutz
330	Krankentransport und Rettungsdienst	100	Transport von Kranken
		200	Transport von Notfallpatienten / Herstellung der Transportfähigkeit
340	Standesamtsangelegenheiten	100	Personenstandswesen
		200	Einbürgerungen

Planungsreport 2013

Fachbereich 03 Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

I. Ausgangslage

Der Fachbereich Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst gliedert sich in die Produktgruppen

1. Bürgerberatung	Produktgruppe 300
2. Ordnungsangelegenheiten	Produktgruppe 310
3. Feuerwehr	Produktgruppe 320
4. Krankentransport und Rettungsdienst	Produktgruppe 330
5. Standesamtsangelegenheiten	Produktgruppe 340

und hat 15 Produkte.

Derzeit sind 116 (Teams 3.1 bis 3.3: 53, Team 3.4: 63) Mitarbeiter/innen im Fachbereich beschäftigt. Davon sind 27 (Teams 3.1 bis 3.3: 24, Team 3.4: 3) Mitarbeiter/innen in Teilzeit beschäftigt. Die Schwerbehindertenquote wird durch die z. Zt. 8 (Teams 3.1 bis 3.3: 6, Team 3.4: 2) schwerbehinderten Mitarbeiter/innen bei 6,9 % liegen. Darüber hinaus wirken über 300 ehrenamtliche Feuerwehrkräfte in der Produktgruppe Feuerwehr mit.

Die Personalentwicklung und -kosten werden in den einzelnen Produkten erläutert.

Für den Bereich Feuerschutz hält die Stadt Detmold neben der Feuer- und Rettungswache Detmold sieben weitere Feuerwehrgerätehäuser mit entsprechender Feuerwehrinfrastruktur zur Sicherung bzw. Erfüllung der Feuerschutzaufgaben auch in den Ortsteilen vor.

Der Brandschutzbedarfsplan aus dem Jahr 2001/2002 ist nach den festgestellten Erfordernissen und Zielsetzungen zuletzt mit Ratsbeschluss vom 20.09.2007 fortgeschrieben worden. In 2013 ist der Brandschutzbedarfsplan fortzuschreiben.

Die Stadt Detmold ist für ihr Gebiet selbst Träger einer Rettungswache und gleichzeitig Träger rettungsdienstlicher Aufgaben. Der Kreis als Träger des Rettungsdienstes organisiert den Rettungsdienst und Krankentransport im übrigen Kreisgebiet. Maßgebend hierfür ist der vom Kreis Lippe aufzustellende Rettungsbedarfsplan. Der Kreis Lippe hat die erforderliche Aktualisierung des Rettungsbedarfsplanes durch den Kreistag mit Wirkung vom 01.01.2011 beschlossen.

II. Teilergebnisplan

Die Daten des Teilergebnisplanes sehen wie folgt aus:

Ordentliche Erträge		
2013:	4.940.747 Euro	2012: 4.600.667 Euro
Ordentliche Aufwendungen		
2013:	8.231.087 Euro	2012: 7.771.439 Euro
Ordentliches Ergebnis		
2013:	- 3.290.340 Euro	2012: - 3.170.772 Euro
Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		
2013:	308.177 Euro	2012: 263.978 Euro
Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		
2013:	1.742.055 Euro	2012: 1.603.813 Euro
Ergebnis	2013: - 4.724.218 Euro	2012: - 4.510.607 Euro

Erträge und Aufwendungen werden nur noch zur Erhöhung und Minderung des Eigenkapitals dargestellt. So gibt es z. B. im Gegensatz zur alten Kameralistik seit 2008 Auflösungen von Rückstellungen und Sonderposten auf der Ertragsseite und Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte auf der Aufwandsseite. Kalkulatorische Kosten werden nicht mehr dargestellt.

II / 1 Produktgruppe 300 – Bürgerberatung

Die Produktgruppe besteht aus sieben Produkten. Das Telefon Servicecenter und die Bürgerberatung sind u. a. die ersten Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Das Telefon Servicecenter hat pro Monat im Durchschnitt über 5.000 Anrufe. Die Bürgerberatung wird pro Tag von bis zu 700 Personen aufgesucht. Beide Bereiche sind damit ein Aushängeschild der Verwaltung.

Der kostenpflichtige Leistungsumfang in der Produktgruppe ist nachfrageabhängig und bei den Sondernutzungen auch witterungsabhängig und damit nur schwer planbar. Das Meldewesen, die Ausstellung von Personaldokumenten, Gewerbemeldungen, Erlaubnisse nach dem Gaststättengesetz, Auskünfte aus dem Gewereregister und Sondernutzungen beinhalten mit die stärksten Leistungsumfänge. Diese Produkte sind nachfrageabhängig. Damit sind zugleich die saisonalen Schwankungen erklärbar.

Die Erträge der Produktgruppe werden vor allem durch die Verwaltungsgebühren für die Ausstellung von Personaldokumenten erzielt. Die Darstellung der Er-

träge durch die Hundesteuer erfolgt im Fachbereich 1 im Produkt Zentrale Finanzen.

Durch die Umgestaltung der Bürgerberatung mit Stellwänden, Sitzmöglichkeiten im neu erstellten Wartebereich und die Einführung eines Aufrufsystems hat sich die Situation in der Bürgerberatung für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Mitarbeiter verbessert.

In der Statistikstelle ist nach dem Weggang der Stelleninhaberin die Stelle verändert worden. Die Aufgaben der Statistikstelle sind unterteilt in einen allgemeinen Bereich und einen Bereich, der aufgrund der Sensibilität der erhobenen Daten einer besonderen Abschottung bedarf. Die verbliebenen allgemeinen Aufgaben werden fachgebietsintern übernommen. Die Aufgaben einer abgeschotteten Statistikstelle sollen für die Stadt im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung durch den Kreis Lippe wahrgenommen werden.

II / 2 Produktgruppe 310 – Ordnungsangelegenheiten

Der Leistungsumfang ist abhängig vom Ordnungsverhalten der Bürger/innen und von der Nachfrage nach Parkflächen.

Erträge werden vor allem aus den Parkvorgängen an Straßen und Plätzen und aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung erzielt. Durch die Erhöhung der Parkgebühren und durch die Ausweitung der Parkflächen wird hier Potenzial gegenüber dem Rechnungsergebnis 2011 für die Erhöhung von Erträgen gesehen. Aufgrund eines politischen Beschlusses aus dem Jahr 2012 ist in 2013 eine weitere Vollzeitstelle Verkehrsüberwachung einzurichten. Dieser Auftrag wird durch Stundenaufstockung und Ausschreibung einer halben Stelle umgesetzt.

Der Bußgeldkatalog ist geändert worden. Es bleibt abzuwarten, ob durch die Anhebung des Bußgeldrahmens Mehreinnahmen in diesem Bereich zu erreichen sind oder ob dadurch sich die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung erhöhen.

Durch die Möglichkeit des „Handyparkens“ mit dem Parkfoxx-System wird den Bürgern seit 2009 ein innovativer Service geboten. 497 Bürgerinnen und Bürger waren Mitte 2012 angemeldet. Zum gleichen Zeitpunkt waren es in 2011 380 und in 2010 280.

Schwerpunkte der Ausgaben liegen z. B. bei der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung. Hierbei sind vor allem die Ausgaben für die Abwicklung von Sterbefällen beträchtlich. Es ist nicht möglich, bei allen Sterbefällen Angehörige zu ermitteln, denen nachträglich die Bestattungskosten in Rechnung gestellt werden können.

Aus den am NRW-Tag 2012 gemachten Erfahrungen ist es möglich, Pläne für einen Krisen- und Katastrophenfall zu erstellen. Ein Krisenmanagement soll daher entwickelt werden. Dabei ist die Erarbeitung eines detaillierten Planes für einen Krisenstab und Stab für außergewöhnliche Ereignisse der Stadtverwaltung vorgesehen.

Der verstärkte Einsatz von Personal zur Verkehrsüberwachung wird 2013 zu einem höheren Aufwand führen. Ein Konzept zur Weiterentwicklung dieses Aufgabenbereiches wird entwickelt und zeitnah vorgestellt.

II / 3 Produktgruppe 320 - Feuerwehr

Die Detmolder Feuerwehr wird im Jahre 2013 voraussichtlich zu insgesamt ca. 480 Einsätzen sowohl im Bereich Brandschutz (220) als auch zur technischen Hilfeleistung (250) gerufen werden.

Um auf Schadens- bzw. Großschadensereignisse vorbereitet zu sein, haben die Städte gem. § 22 des Feuerschutzhilfeleistungsgesetzes (FSHG NW) vom 10.02.1998 unter der Beteiligung der Feuerwehr Brandschutzbedarfspläne aufzustellen und fortzuschreiben.

Der aktuelle Brandschutzbedarfsplan vom 20.09.2007 zeigt auf, welche Leistungen heute mit welchen Mitteln erzielt und welcher Leistungsumfang unter Berücksichtigung der individuellen Gefahrensituationen in Detmold unabdingbar sichergestellt werden muss.

Des Weiteren wird deutlich gemacht, welche Mindestvoraussetzungen vorhanden sein müssen, damit straf- und haftungsrechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen auf jeden Fall ausgeschlossen werden.

Der Brandschutzbedarfsplan und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen stellen ein Planungsergebnis dar, was zum einen Schutzziele mit einem bestmöglichen Sicherheitsniveau festlegt und damit das Risikopotential für die Detmolder Bevölkerung minimiert und zum anderen eine effiziente Entwicklung im Feuerwehrbereich ermöglicht.

Inhaltlich ist die Neustrukturierung der Feuerwehr und die Überprüfung von Standorten für Löschgruppen /-züge und Gerätehäuser als Schwerpunkt von besonderer Bedeutung.

Vor dem Hintergrund einsatztaktischer, fachlicher und wirtschaftlicher Gesichtspunkte sind die notwendigen Zusammenlegungen der Löschgruppen Heiligenkirchen und Berlebeck sowie der Löschgruppe Heidenoldendorf und des Löschzuges Detmold durchgeführt worden.

Des Weiteren ist aus einsatztaktischer und feuerwehrtechnischer Sicht geplant, für die Löschgruppe Pivitsheide ein neues Feuerwehrgerätehaus zu bauen. In Abstimmung mit den Fachbereichen 5 und 6 sollen die notwendigen planeri-

schen sowie grundstücksmäßigen Voraussetzungen an der Oerlinghauser Str. hierfür geschaffen werden (geplante Baudurchführung 2014/2015).

Im Personalaufwand sind insgesamt 366.000 € für die einmalige finanzielle Abgeltung des Freizeitausgleichs für Feuerwehrbeamtinnen und –beamten eingeplant. Das Bundesverwaltungsgericht hat auf Grundlage der europäischen Arbeitszeitrichtlinie, nach der es grundsätzlich nicht zulässig ist, die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden zu überschreiten, am 26.07.1012 entsprechend entschieden.

Brandschutzdienststelle

Aufgrund einer Verfügung der Bezirksregierung Detmold vom 26. Mai 2004 nimmt die Feuerwehr der Stadt Detmold die Aufgaben der Brandschutzdienststelle nach FSHG (Pflichtaufgabe) wahr.

Der Fachbereich 6 (Bauaufsichtsbehörde) hat den Fachbereich 3 Feuerwehr (Brandschutzdienststelle) im Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen. Dieses bedeutet in der Praxis eine enge Zusammenarbeit mit der Bauaufsicht.

Die Brandschutzdienststelle hat ihr Augenmerk nicht nur auf Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes zu richten, sondern insbesondere darauf zu achten, dass im Brandfall die Feuerwehr als abwehrender Brandschutz in die Lage versetzt wird, den gesetzlichen Auftrag aus § 1 Abs. 1 FSHG in Verbindung mit § 17 Abs. 1 BauONW erfüllen zu können. Die Maßnahmen des vorbeugenden baulichen Brandschutzes und die Möglichkeiten der Feuerwehr sind deshalb nicht isoliert voneinander zu sehen, sondern im Rahmen einer integrierten Brandschutzkonzeption zusammenzuführen.

Mit Wirkung vom 01.01.2011 wurde die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Detmold (Brandschau-Gebührensatzung) vom 16.12.2010 durch den Rat beschlossen.

Folgende Punkte sind beispielhaft aufgeführt, die in den Stellungnahmen und Brandschutzkonzepten zu beachten sind:

Löschwasserversorgung, Löschwasserrückhaltung, Aufstell- und Bewegungsflächen, Rettungswege, Bildung von Brandabschnitten.

Die Brandschutzdienststelle ist außerdem zu beteiligen, wenn die zu beachtenden Brandschutzbestimmungen der Landesbauordnung, der dazu erlassenen Verordnungen, technischen Baubestimmungen und Verwaltungsvorschriften eine Ausübung des Ermessens erfordern.

Im Jahr 2013 werden ca. 190 Stellungnahmen im Rahmen der Umnutzung im Baugenehmigungsverfahren bearbeitet.

Die Feuerwehr hat unter Federführung der ehrenamtlichen Kameraden in 2002 das Projekt Brandschutzerziehung/Brandschutzaufklärung in Kindergärten und Kindertagesstätten ins Leben gerufen. Die Beteiligung und Resonanz ist hervorragend und wird fortgesetzt.

II / 4 Produktgruppe 330 - Krankentransport und Rettungsdienst

Der Einsatzbereich im Krankentransport und Rettungsdienst des Fb 3 erstreckt sich grundsätzlich seit dem 01.01.2004 nur noch auf das Stadtgebiet Detmold. Ausgenommen hiervon ist der reine Krankentransport, der kreisweit durchgeführt wird. In Ausnahmefällen wird nach Anforderung durch die Leitstelle Lippe auch der Rettungsdienst außerhalb von Detmold eingesetzt.

Der Standort ist rund um die Uhr mit hauptamtlichen Kräften besetzt.

Die Stadt Detmold wird als Träger einer Rettungswache sowie Träger rettungsdienstlicher Aufgaben im Rettungsdienst weiterhin multifunktional ausgebildetes Personal (Feuerwehr und Rettungsdienst in Personalunion) einsetzen.

Dieses hat für Bürgerinnen und Bürger den Vorteil qualitativ besserer Versorgung und ermöglicht im Dienstbetrieb des Fachbereiches 3 erhebliche Variationsmöglichkeiten bezüglich der Arbeitsauslastung für die Mitarbeiter/innen (regelmäßiger Tausch der Funktionen im Feuerschutz und Rettungsdienst).

Die von der Rettungswache Detmold durchgeführten Einsätze werden voraussichtlich im Jahr 2013 insgesamt 8.100 betragen. Hiervon werden voraussichtlich 3.000 Einsätze im Krankentransport und 5.100 Einsätze im Bereich der Notfallmedizin gefahren.

Die Entwicklung der Einsatzzahlen im Jahr 2011 gab Anlass, in Kooperation mit dem Kreis Lippe zum 01.04.2012 eine den Erfordernissen angepasste Gebührensatzung zu erlassen. Erstmals kommt eine Abrechnungspauschale zum tragen.

Der Entwurf des Rettungsbedarfsplanes ist im Herbst 2010 mit den Krankenkassen erörtert worden. Der fortgeschriebene Bedarfsplan ist mit Wirkung vom 01.01.2011 in Kraft getreten.

Nach dem derzeitigen Rettungsbedarfsplan stehen der Rettungswache Detmold zwei Rettungstransportwagen und zwei Krankentransportwagen zur Verfügung.

Das Notfallsystem des Kreises Lippe (ohne Fahrzeug LNA) ist seit dem 01.07.2004 im FAZ Lemgo stationiert.

II / 5 Produktgruppe 340 – Standesamtsangelegenheiten

Die Anmeldung und Durchführung von Eheschließungen, die Beurkundung von Geburten und Sterbefällen sowie die Durchführung von Einbürgerungen sind die hauptsächlichen Leistungsumfänge.

Von den 350 Eheschließungen pro Jahr sind 45 von Bürgerinnen und Bürgern, die nicht aus Detmold kommen. Pro Jahr heiraten nur rd. 30 Paare außerhalb von Detmold.

Das Angebot für die Durchführung der Eheschließungen ist damit gut. Seit 2006 werden zusätzlich noch Ambientetrauungen angeboten. Die Anzahl der

durchgeführten Ambientetrauungen soll in 2013 weiter erhöht werden, um so das Dienstleistungsangebot noch mehr zu steigern. Gleichzeitig könnte dieses Angebot dazu führen, dass auch mehr Paare von außerhalb in Detmold getraut werden und damit die Erträge ein wenig gesteigert werden können.

In den letzten drei Jahren ist die Anzahl der Geburten pro Jahr höher gewesen als die Sterbefälle. Auch für 2013 wird erwartet, dass die Geburten über den Sterbefällen liegen werden, da die Kinder- und Geburtsklinik in Lemgo geschlossen und das Klinikangebot nach Detmold verlegt wurde. Die Anzahl der auszustellenden Personenstandsunterlagen wird sich kaum gegenüber den Vorjahren ändern.

Erträge und Sachaufwand sind nachfrageabhängig und daher nicht genau planbar.

III. Investitionstätigkeit

Summe der investiven Einzahlungen	139.100 Euro
Summe der investiven Auszahlungen	893.000 Euro
Saldo der Investitionstätigkeit	- 753.900 Euro

Im investiven Bereich sind Investitionen in Höhe von 893.000 Euro eingeplant.

Die Stadt erhält in 2013 vom Land NW zur Förderung des Feuerschutzes eine fachbezogene Pauschale als Investitionspauschale in Höhe von rd.138.600 Euro. Aus der Veräußerung von Sachanlagen werden Erträge in Höhe von 500 € erwartet.

Übersicht über die Investitionen:

Bürgerberatung

Zahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen (Ersatzbeschaffung Büromöbel)	3.000 Euro
--	------------

In der Produktgruppe Bürgerberatung ist die Ersatzbeschaffung von Büromöbeln vorgesehen. Nach 15 Jahren Einsatz in der Bürgerberatung wird es notwendig einige Büromöbel u. a. auch Stühle zu ersetzen.

Ordnungsangelegenheiten

Ersatzbeschaffung Festwert Dienst- und Schutz- bekleidung Verkehrsüberwachungskräfte	4.000 Euro
Beschaffung von Geräten	200 Euro

In der Produktgruppe Ordnungsangelegenheiten ist neben der Dienstbekleidung auch die Ersatzbeschaffung von Kleingeräten für die Verkehrsüberwachungskräfte vorgesehen.

Feuerschutz 739.500 Euro

Ersatzbeschaffung Festwert von Bekleidung und Ausrüstung für die Übernahme aus der Jugendfeuerwehr in die aktive Wehr	12.000 Euro
Ersatzbeschaffung Festwert von Bekleidung und Ausrüstung	40.000 Euro
Beschaffung von Geräten	150.000 Euro
Beschaffung von Büromöbeln	2.500 Euro
Beschaffung von Fahrzeugen	535.000 Euro und 130.000 Euro VE in 2013 für 2014

Rettungsdienst 143.300 Euro

Ersatzbeschaffung Festwert Bekleidung Kranken-transport und Rettungsdienst	8.300 Euro
Beschaffung von Geräten (u.a. 5 digitale Funkgeräte und 4 EKG-Geräte)	135.000 Euro

Auf Grundlage des aktuellen Brandschutzbedarfsplanes ist u. a. auch ein Konzept zur Veränderung der Fahrzeugstruktur der Feuerwehr erarbeitet worden. Danach ist grundsätzlich vorgesehen, zu einer Vereinheitlichung der Löschgruppenfahrzeuge (LF 20/16) zu gelangen.

Die Gesamtsumme von 535.000 € für die Beschaffung von Fahrzeugen, teilt sich auf in 290.000 € für ein HLF 20/16 (Hiddesen), 50.000 € für ein ELW/MTW, 170.000 € als Teilbetrag für ein weiteres HLF 20/16 (hauptamtlich) sowie 130.000 € als Verpflichtungsermächtigung für dieses Fahrzeug und abschließend 25.000 € für einen Kommandowagen. Dieser Kommandowagen wird erforderlich, um für den Einsatzführungsdienst ein Fahrzeug zur Verfügung stellen zu können.

Die Drehleiter (Baujahr 1991) ist nunmehr über 20 Jahre alt und hat altersbedingte Verschleißanzeichen. Der Wartungsaufwand wird für einen permanenten Einsatz unwirtschaftlicher. In der Finanzplanung ist die Ersatzbeschaffung für die Haushaltsjahre 2014 (1. Teilzahlung) und 2015 (Restzahlung) vorgesehen.

Standesamtsangelegenheiten

Zahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen (Ersatzbeschaffung Büromöbel)	3.000 Euro
--	------------

In der Produktgruppe Standesamtsangelegenheiten ist die Ersatzbeschaffung von Büromöbeln vorgesehen. Nach 24 Jahren Einsatz im Standesamt wird es notwendig einige Büromöbel u. a. auch Stühle zu ersetzen.

IV. Ausblick

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Einsatzbereitschaft und unter Berücksichtigung der für den Einsatzfall notwendigen Ausrückstärken, Feuerwehrdienstvorschriften, Rettungsdienstvorschriften sowie der adäquaten Unfallverhütungsvorschriften bedarf es festgelegter Mindestressourcen sächlicher insbesondere auch personeller Art. Bereits in den vergangenen Jahren war der Fb 3 bemüht, innovative Lösungen zur Stabilisierung des hohen Personalkostenanteils zu suchen. In diesem Zusammenhang hat sich die Übernahme der verschiedenen Aufgaben durch multifunktionales Personal (alle Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter wirken in allen Produktgruppen mit) grundsätzlich bewährt.

Wie im aktuellen Brandschutzbedarfsplan festgelegt, muss für die Sicherstellung des Feuerschutzes im hauptamtlichen Bereich mindestens eine Staffelfstärke (1/5) vorgehalten werden. Die vom Landesfeuerwehrverband NW geforderte Gruppenstärke (1/8 bzw. 1/9) wird durch den zeitlichen parallelen Einsatz ehrenamtlicher Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr Detmold kompensiert.

In 2013 wird der Brandschutzbedarfsplan fortgeschrieben.

Nachfolgende Aufgaben- und Problemstellungen sind vorrangig zu behandeln:

1. Fortschreibung Brandschutzbedarfsplan
2. Umsetzung Rettungsbedarfsplan
3. Personalentwicklung multifunktional und spezifisch
4. Organisationsuntersuchung Bürgerberatung
5. Ordnungsgemäße Durchführung der Bundestagswahl
6. Weiterführung der Ordnungspartnerschaft mit der Polizei
7. Entwicklung eines Krisenmanagements mit Erarbeitung eines detaillierten Planes für einen Krisenstab und Stab für außergewöhnliche Ereignisse der Stadtverwaltung
8. Erstellung eines Konzeptes zur Erweiterung des Aufgabenbereiches der Verkehrsüberwachungskräfte
9. Erhöhung der Ambientetrauungen im Standesamt

Grundsätzlich wird sich der Fachbereich Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst nach wie vor in Zeiten knapper Ressourcen daran orientieren müssen, was zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabenstellungen nötig ist. Es gilt, die Qualität der Leistungen zu bewahren und weiterhin kontinuierlich gute Ergebnisse zu erzielen.

Ziele

1. Die Stadt bietet bürgernahe, serviceorientierte Dienstleistungen an zentraler Stelle für die Bürger/innen an.
2. Der Fachbereich stellt die Sicherheit und Ordnung auf allen öffentlichen Straßen und Plätzen sicher und verhindert die Bildung bzw. das Fortbestehen von Angsträumen.
3. Die Detmolder Bevölkerung hat einen angemessenen Brand- und Rettungsschutz.
4. Die Stadt führt ordnungsgemäße und kundenorientierte Standesamtsangelegenheiten durch und wirkt bei der Migration/Integration mit.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	59.962,00	82.921	118.300	115.730	115.110	115.230
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.481.693,30	3.907.036	4.083.137	4.110.569	4.146.071	4.171.264
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	23.743,92	23.700	24.100	24.100	24.100	24.100
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	205.828,37	195.000	262.000	258.000	238.000	206.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	369.630,66	392.010	453.210	453.210	453.210	453.210
= Ordentliche Erträge	4.140.858,25	4.600.667	4.940.747	4.961.609	4.976.491	4.969.804
- Personalaufwendungen	5.467.416,33	5.653.697	5.983.571	6.102.192	6.162.666	6.223.821
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	993.888,64	1.021.387	1.113.318	1.127.318	1.094.318	1.096.318
- Bilanzielle Abschreibungen	347.541,48	315.440	309.488	331.408	347.587	363.557
- Transferaufwendungen	11.281,88	7.190	11.340	11.340	11.340	11.340
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	691.226,42	773.725	813.370	821.623	829.373	754.833
= Ordentliche Aufwendungen	7.511.354,75	7.771.439	8.231.087	8.393.881	8.445.284	8.449.869
= Ordentliches Ergebnis	-3.370.496,50	-3.170.772	-3.290.340	-3.432.272	-3.468.793	-3.480.065
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	202.343,92	263.978	308.177	313.934	316.410	318.908
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.764.411,69	1.603.813	1.742.055	1.749.910	1.759.063	1.736.175
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.562.067,77	-1.339.835	-1.433.878	-1.435.976	-1.442.653	-1.417.267
= Ergebnis	-4.932.564,27	-4.510.607	-4.724.218	-4.868.248	-4.911.446	-4.897.332

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.050,00	0	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.521.396,36	3.833.259	4.080.013	0	4.106.073	4.142.093	4.166.571
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	24.255,22	23.760	24.160	0	24.160	24.160	24.160
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	227.718,38	195.000	262.000	0	258.000	238.000	206.000
+ Sonstige Einzahlungen	352.488,43	391.950	453.150	0	453.150	453.150	453.150
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.128.908,39	4.443.969	4.819.323	0	4.841.383	4.857.403	4.849.881
- Personalauszahlungen	4.531.481,79	4.634.039	5.230.799	0	4.961.032	5.010.079	5.059.730
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	993.505,53	1.021.387	1.110.318	0	1.127.318	1.091.318	1.096.318
- Transferauszahlungen	11.921,26	7.190	11.340	0	11.340	11.340	11.340
- Sonstige Auszahlungen	620.465,19	718.965	757.570	0	759.963	765.073	693.173
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.157.373,77	6.381.581	7.110.027	0	6.859.653	6.877.810	6.860.561
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.028.465,38	-1.937.612	-2.290.704	0	-2.018.270	-2.020.407	-2.010.680
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	138.665,90	138.600	138.600	0	138.600	138.600	138.600

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	0,00	500	500	0	500	500	500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	138.665,90	139.100	139.100	0	139.100	139.100	139.100
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm. (Kassenwirksamkeit)	98.651,75	357.460	893.000	130.000	1.235.860 (130.000)	879.500 (0)	541.860 (0)
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	98.651,75	357.460	893.000	130.000	1.235.860	879.500	541.860
= Saldo aus Investitionstätigkeit	40.014,15	-218.360	-753.900	-130.000	-1.096.760	-740.400	-402.760
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-1.988.451,23	-2.155.972	-3.044.604	-130.000	-3.115.030	-2.760.807	-2.413.440
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	-1.988.451,23	-2.155.972	-3.044.604	-130.000	-3.115.030	-2.760.807	-2.413.440

Kurzbeschreibung

Beantwortung von telefonischen Anfragen von Bürgern/innen

Ziele

Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit der Stadtverwaltung

Auftragsgrundlage

Service für die Bürgerinnen / Bürger und die Unternehmen der Stadt Detmold

Zielgruppe

Alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold, Unternehmen und externe Dienststellen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	4	5	5	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl erhaltener Anrufe	Anz.	47.238	71.000	71.000	-	-	-
Anzahl der Anrufe außerhalb der Servicezeiten	Anz.	224	350	350	-	-	-
Anzahl Beschwerden und Lob	Anz.	3	0	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand	%	82,41	85,94	87,78	87,69	87,79	87,89
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je erhaltenem Anruf	€	3,51	3,17	3,85	-	-	-
Verhältnis Anzahl Anrufe außerhalb der Servicezeiten zu Anzahl erhaltener Anrufe	%	0,47	0,49	0,49	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalaufwendungen	136.787,74	193.184	240.085	244.886	247.336	249.808
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	809,36	0	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	1.336	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.382,86	2.710	840	840	840	840
= Ordentliche Aufwendungen	138.979,96	197.230	240.925	245.726	248.176	250.648
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	173.858,00	226.677	273.506	279.258	281.734	284.232
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	28.164,00	29.447	32.581	33.532	33.558	33.584
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	145.694,00	197.230	240.925	245.726	248.176	250.648
= Ergebnis	6.714,04	0	0	0	0	-0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalauszahlungen	136.803,26	183.822	232.861	0	237.518	239.894	242.292
- Sonstige Auszahlungen	1.382,86	2.710	840	0	840	840	840
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	138.186,12	186.532	233.701	0	238.358	240.734	243.132
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	133,89	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	133,89	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	167,36	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	167,36	0	0	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-33,47	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-138.219,59	-186.532	-233.701	0	-238.358	-240.734	-243.132

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Seit dem 01.01.2012 ist das Telefon Servicecenter als Teilteam dem Team 3.1 Bürgerberatung angegliedert und über die neue Umlaufziffer 3.1/0 zu erreichen.

Bei der Planung des Leistungsumfanges wurden die Ergebnisse der vergangenen Jahre zugrunde gelegt. Auswertungen zur telefonischen Erreichbarkeit werden seit dem IV. Quartal 2011 aus Gründen des Datenschutzes nicht mehr durch die Fa. Telco erstellt. Die Durchführung vor Ort in Detmold durch Telco kommt aus Kostengründen nicht in Betracht. Der ADV-Service wird zukünftig die Auswertungen selbst erstellen können. Die Rahmenbedingungen werden hierfür z.Zt. geschaffen.

Für 2013 wird mit einer Steigerung der Servicequalität und einer Verringerung der Wartezeit bei der Beantwortung der Anrufe gerechnet, da das Team nach einer Stellennachbesetzung und Wegfall der Pool-Lösung mit der Bürgerberatung aktuell aus 6 Mitarbeiterinnen besteht. Eine Veränderung des gesamten Stundenkontingentes ist für das TSC nicht geplant, da zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit immer mind. 3 Mitarbeiterinnen im TSC anwesend sein sollen.

Die Steigerung der Personalkosten ist durch Verlagerung einer Stelle von der Bürgerberatung in das TSC und durch Einrichtung der Teamleitung entstanden. Zusätzlich ist im Jahr 2011 eine Kollegin aus der Lohnfortzahlung herausgefallen.

Erträge werden nur aus den internen Leistungsverrechnungen des Servicecenters erzielt.
Die Sachkosten beschränken sich auf Kosten für Büromaterial und Reisekosten für Weiterbildungen.
Investitionen sind für 2013 nicht geplant.

Kurzbeschreibung

Annahme, Prüfung, Bearbeitung und Entscheidung der im Leistungsumfang aufgeführten Leistungen

Ziele

Registrierung aller Einwohner/ innen sowie Ausstattung der Zielgruppe mit den erforderlichen, im Leistungsumfang genannten Personaldokumenten

Auftragsgrundlage

Meldegesetz; Bundeszentralregistergesetz; Wehrpflichtgesetz; Lohn- und Einkommenssteuergesetz; Passgesetz; Landesfischereigesetz, Verwaltungsverfahrensgesetz

Zielgruppe

Alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold, interne und externe Dienststellen sowie Personen mit einem berechtigten Interesse

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	9,84	9,04	8,64	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Erfassung der Wehrpflichtigen	Anz.	362	400	400	-	-	-
Führerscheinanträge	Anz.	216	250	250	-	-	-
Personalausweise inklusive vorläufige	Anz.	8.932	10.000	9.000	-	-	-
Reisepässe inklusive vorläufige	Anz.	2.711	2.700	2.700	-	-	-
Kinderreisepässe inkl. Verlängerungen	Anz.	846	600	800	-	-	-
Fischereischeine	Anz.	332	300	300	-	-	-
Beglaubigung	Anz.	2.237	2.000	2.000	-	-	-
Summe aller Vorgänge	Anz.	3.615	3.163	3.142	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	1	-	-	-	-	-
Führungszeugnisse	Anz.	2.782	2.700	3.000	-	-	-
Auskünfte Gewerbezentralregister	Anz.	189	200	200	-	-	-
Melde- Aufenthaltsbescheinigungen	Anz.	8.183	7.500	7.500	-	-	-
Aufenthaltsermittlungen	Anz.	390	450	650	-	-	-
Untersuchungsberechtigungsscheine	Anz.	156	160	160	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der An-/Ab- und Ummeldungen	Anz.	12.684,00	10.700,00	10.700,00	-	-	-
Anzahl der Ausstellung von Personaldokumenten	Anz.	12.330,00	13.300,00	12.500,00	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	23,64	27,58	26,53	-	-	-
Anzahl Beschwerden / Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
---	------------------------	----------------	----------------	-----------------	-----------------	-----------------

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	525.213,10	568.000	545.000	545.000	545.000	545.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	1.268,50	1.000	1.200	1.200	1.200	1.200
= Ordentliche Erträge	526.481,60	569.000	546.200	546.200	546.200	546.200
- Personalaufwendungen	479.025,23	466.695	446.414	455.341	459.895	464.495
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35.603,81	44.110	35.300	35.300	35.300	35.300
- Bilanzielle Abschreibungen	1.249,00	1.642	1.642	1.642	1.642	1.642
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	341.513,85	371.650	351.750	351.750	351.750	351.750
= Ordentliche Aufwendungen	857.391,89	884.097	835.106	844.033	848.587	853.187
= Ordentliches Ergebnis	-330.910,29	-315.097	-288.906	-297.833	-302.387	-306.987
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	208.992,21	219.428	258.140	248.977	259.435	274.681
= Ergebnis	-539.902,50	-534.525	-547.046	-546.810	-561.822	-581.668

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	528.802,55	568.000	545.000	0	545.000	545.000	545.000
+ Sonstige Einzahlungen	965,00	1.000	1.200	0	1.200	1.200	1.200
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	529.767,55	569.000	546.200	0	546.200	546.200	546.200
- Personalauszahlungen	462.805,18	453.945	439.802	0	448.597	453.083	457.615
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	33.241,41	44.110	35.300	0	35.300	35.300	35.300
- Sonstige Auszahlungen	335.844,20	371.650	351.750	0	351.750	351.750	351.750
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	831.890,79	869.705	826.852	0	835.647	840.133	844.665
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-302.123,24	-300.705	-280.652	0	-289.447	-293.933	-298.465
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	5.122,07	3.500	3.000	0	3.000	3.000	3.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.122,07	3.500	3.000	0	3.000	3.000	3.000
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-307.245,31	-304.205	-283.652	0	-292.447	-296.933	-301.465

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12,0	0,0	5,1	3,5	3,0	0,0	3,0	3,0	3,0
Saldo Investitionstätigkeit	-12,0	0,0	-5,1	-3,5	-3,0	0,0	-3,0	-3,0	-3,0

Erläuterungen

Bei der Planung der Leistungsumfänge wurden die Ergebnisse der vergangenen Jahre zugrunde gelegt. Die Entwicklung in den einzelnen Leistungsumfängen ist im Vergleich zu den Vorjahren unterschiedlich.

Im Bereich der ausgestellten Personalausweise wurde eine Aktualisierung von 10.000 auf 9.000 Fälle aufgrund des Halbjahresergebnisses 2012 vorgenommen.

Der Planansatz bei den Reisepässen wird erreicht werden. Im Bereich der Kinderreisepässe wurde aufgrund des Halbjahresergebnisses 2012 eine Aktualisierung auf 800 Fälle vorgenommen.

Die An-, Um- und Abmeldungen liegen im Plan und sollten auch 2013 erreicht werden.

Die Anzahl der Anträge auf Ausstellung eines Führungszeugnisses ist gestiegen, eine Erhöhung auf 3000 ist erfolgt. Die Meldebescheinigungen wurden im Leistungsumfang auf "gebührenpflichtige Meldebescheinigungen" reduziert, da nur für diese eine definitive Zahl ermittelt

werden kann.

Zusätzlich wurde die Ausstellung von Verpflichtungserklärungen in den Leistungsumfang aufgenommen. Dies ist eine Leistung, die ursprünglich im Ausländeramt angeboten wurde. Detmolder Bürgerinnen und Bürger können nach Einkommensüberprüfung eine Person aus bestimmten Ländern zu Besuch einladen, wenn sie finanziell dazu in der Lage sind. Die Anzahl der Aufenthaltsermittlungen ist von 450 auf 650 Fälle erhöht worden.

Die voraussichtlichen Einnahmen für 2013 sollten bei rund 530.000 € liegen. Diese Zahl begründet sich aus dem Ergebnis 2011 und der Entwicklung im ersten Halbjahr 2012. Die Mindereinnahme gegenüber dem Plan ist u.a. auf den hohen Anteil der Personalausweis-Anträge für unter 24-jährige (etwa 1/4) zurückzuführen, weil für diese Anträge keine Einnahmen erzielt werden. Im Ergebnis werden somit vermutlich rund 530.000 € erreicht werden.

Die Aufwendungen sind für Personalausweisvordrucke analog zur rückläufigen Antragstellung entsprechend niedriger, im Bereich der Reisepässe und Kinderausweise entsprechend höher.

Der Personalaufwand ist gesunken. Eine Mitarbeiterin wird jetzt im TSC dargestellt. Eine Mitarbeiterin wird komplett in ihrem Aufgabengebiet Rentenstelle dargestellt. Eine halbe Stelle wird eingespart.

Kurzbeschreibung

Bearbeitung von Anträgen auf TV- und Rundfunkgebührenbefreiung bzw. -ermäßigung; Festsetzung der Hundesteuer unter Berücksichtigung von Befreiungsmöglichkeiten. Fundangelegenheiten. Zusätzliche Dienstleistungsangebote .

Ziele

Festsetzung bzw. Veranlagung zur kommunalen Steuer, Gewährung von sozialen Vergünstigungen, Verwaltung von Fundsachen.

Auftragsgrundlage

Verwaltungsvorschrift zur Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht aus sozialen Gründen; Hundesteuersatzung. Ratsbeschluss; BGB.

Zielgruppe

Alle Personen im Gebiet der Stadt Detmold, die ein TV- oder Rundfunkgerät zum Betrieb bereithalten; alle Hundehalter im Gebiet der Stadt Detmold. Alle Einwohnerinnen und Einwohner im Gebiet der Stadt Detmold und alle internen und externen Dienststellen sowie Rat suchende andere Personen.

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	3,67	3,43	3,00	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
GEZ-Anträge	Anz.	3.239	3.000	3.000	-	-	-
Anmeldung Hundesteuer	Anz.	575	350	350	-	-	-
Summe der Beschwerden/Lob	Anz.	1	-	-	-	-	-
Abmeldung Hundesteuer	Anz.	379	400	400	-	-	-
EU-Parkausweise	Anz.	188	160	160	-	-	-
Aufnahme von Fundanzeigen	Anz.	427	350	350	-	-	-
Ausgabe von Fundsachen	Anz.	125	100	100	-	-	-
Verlängerung Schwerbehindertenausweise	Anz.	341	350	300	-	-	-
nachrichtlich: Zahl der angemeldeten Hunde in Detmold	Anz.	3.216	4.009	3.246	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Beschwerden / Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	33,8	34,7	32,7	-	-	-
Anzahl Vorgänge Hundesteuer	Anz.	954	750	750	-	-	-
Anzahl Vorgänge Sozialpässe	Anz.	2.046	2.000	2.000	-	-	-
Anzahl Vorgänge Fundsachen	Anz.	552	450	450	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.577,05	2.000	1.600	1.600	1.600	1.600
+ Sonstige ordentliche Erträge	6.599,11	5.550	6.450	6.450	6.450	6.450

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Ordentliche Erträge	8.176,16	7.550	8.050	8.050	8.050	8.050
- Personalaufwendungen	161.185,05	160.715	156.803	159.939	161.537	163.155
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.179,13	16.987	17.087	17.087	17.087	17.087
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	177	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.432,03	2.450	2.350	3.100	2.350	3.100
= Ordentliche Aufwendungen	180.796,21	180.329	176.240	180.126	180.974	183.342
= Ordentliches Ergebnis	-172.620,05	-172.779	-168.190	-172.076	-172.924	-175.292
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	73.913,64	58.862	69.214	66.832	67.414	67.600
= Ergebnis	-246.533,69	-231.641	-237.404	-238.908	-240.338	-242.892

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.577,05	2.000	1.600	0	1.600	1.600	1.600
+ Sonstige Einzahlungen	7.626,89	5.550	6.450	0	6.450	6.450	6.450
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.203,94	7.550	8.050	0	8.050	8.050	8.050
- Personalauszahlungen	155.225,94	154.937	152.921	0	155.980	157.538	159.116
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	17.179,13	16.987	17.087	0	17.087	17.087	17.087
- Sonstige Auszahlungen	3.483,39	2.450	2.350	0	3.100	2.350	3.100
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	175.888,46	174.374	172.358	0	176.167	176.975	179.303
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-166.684,52	-166.824	-164.308	0	-168.117	-168.925	-171.253

Erläuterungen

Hundesteuer

Die Erträge belaufen sich im Rechnungsergebnis 2011 über dem geplanten Ansatz auf 218.050,70 €. Für den Planansatz 2013 dient dieses Ergebnis als Grundlage.

Tierheimunterstützung

Das Detmolder Tierheim "Tierschutz der Tat" wird mit einem vertraglich festgelegten Betrag i.H.v. 15.000 € im Jahr unterstützt. Das Tierheim erhält diesen Betrag in 2 Raten als Aufwendersersatz für die Aufnahme von Fundtieren aus dem Stadtgebiet Detmold.

Eine weitere Unterstützung wird für eine spezielle Projektarbeit ausgezahlt. Nach einem Beschluß des Rates wird jährlich ein Betrag i.H.v. 1.687 € gezahlt, der dafür verwendet werden soll, das Freisetzen von Tieren (z.B. in der Urlaubszeit) zu verhindern.

Die evtl. Mehreinnahmen durch die Veranlagung zur erhöhten Steuer für Hunde gem. § 2 Buchstabe d) und e) der Hundesteuersatzung fließen ebenfalls dem Tierheim zu. Im Jahr 2011 konnte eine Mehreinnahme verzeichnet werden.

GEZ-Befreiungen

Die Entscheidung über die Befreiung liegt mittlerweile im Zuständigkeitsbereich der GEZ. Der Aufwand bleibt bestehen, da die Kommunen aufgrund der Bürgernähe weiterhin die Antragsannahme und -weiterleitung sowie eine damit zusammenhängende Beratung anbieten.

Münzkopierer, Fotoautomat und Fundsachen

Die Erträge werden aus den Erlösen des Münzkopierers sowie durch die Nutzungsentschädigung für den Fotoautomaten erzielt. Der Versteigerungserlös ist nur bedingt planbar, da er von Menge und Wertigkeit der zu versteigernden Fundsachen abhängig ist. Der Leistungsumfang wurde aufgrund der Ergebnisse der letzten 5 Jahre prognostiziert.

Die Personalkosten sind im Vergleich zu den letzten Jahren nur geringfügig gesunken.

Kurzbeschreibung

Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung von Wahlen; Erstellen von Statistiken

Ziele

Reibungslose Durchführung der Wahlen gewährleisten, die angeforderten und die Pflichtstatistiken zur Verfügung stellen.

Auftragsgrundlage

Bundeswahlgesetz, Landeswahlgesetz, Kommunalwahlgesetz, Europawahlgesetz, Spezialgesetze für die Statistiken.

Zielgruppe

Alle Wahlberechtigten, beteiligte Behörden, Parteien und Wählergruppen; interne und externe Dienststellen, Einzelpersonen.

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	1,49	1,49	1,00	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Wahlen: Anzahl der Wahlberechtigten	Anz.	–	–	57.700	–	–	–
davon intern	Anz.	173	125	125	–	–	–
davon extern	Anz.	89	125	125	–	–	–
Statistische Jahrbücher	Anz.	–	1	1	–	–	–
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	0	–	–	–	–	–
Anzahl der durchgeführten Wahlen	Anz.	0	–	1	–	–	–
Anzahl der Einwohner/innen	Anz.	–	–	–	–	–	–
Anzahl der angeschriebenen Wahlhelfer/innen	Anz.	–	–	600	–	–	–
Anzahl der Absagen der angeschriebenen Wahlhelfer/innen	Anz.	–	–	125	–	–	–
Anzahl der tatsächlichen Wähler/innen	Anz.	–	–	44.000	–	–	–
Anzahl der Briefwählerinnen	Anz.	–	–	10.200	–	–	–
davon Anzahl der für ungültig erklärten Wahlscheine	Anz.	–	–	15	–	–	–
davon Absagen	Anz.	–	–	125	–	–	–
nachrichtlich: Einwohnerzahl (Hauptwohnsitz) zum Stichtag 6 Wochen vor Wahltermin	Anz.	–	–	75.500	–	–	–
Anzahl der Wahllokale	Anz.	–	–	69	–	–	–
Gesamtzahl der Mitglieder der Wahlvorstände	Anz.	–	–	440	–	–	–
Statistiken Pflichtstatistiken	Anz.	–	–	–	–	–	–
davon Gesamterhebungen	Anz.	–	–	–	–	–	–
davon repräsentative Erhebungen	Anz.	–	–	–	–	–	–
angeforderte Statistiken	Anz.	262	250	250	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Beschwerden / Wahlberechtigte	%	–	–	–	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Wahlberechtigter bei durchgeführten Wahlen	Anz.	-	-	-	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Wahlberechtigten	€	-	-	2,68	-	-	-
Verhältnis Wahlberechtigte zu Einwohner/innen	%	-	-	-	-	-	-
Verhältnis tatsächliche Wähler/innen zu Wahlberechtigten	%	-	-	76,26	-	-	-
Verhältnis Briefwähler/innen zu Wahlberechtigten	%	-	-	17,68	-	-	-
Verhältnis Briefwähler/innen zu tatsächlichen Wähler/innen	%	-	-	23,18	-	-	-
Verhältnis angeschriebene Wahlhelfer zu Absagen	%	-	-	20,83	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	95,00	250	500	250	250	250
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	56.000	52.000	32.000	0
= Ordentliche Erträge	95,00	250	56.500	52.250	32.250	250
- Personalaufwendungen	85.207,62	100.516	74.911	76.409	77.175	77.945
- Bilanzielle Abschreibungen	354,00	380	380	380	380	380
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	509,46	1.100	45.130	67.490	77.350	700
= Ordentliche Aufwendungen	86.071,08	101.996	120.421	144.279	154.905	79.025
= Ordentliches Ergebnis	-85.976,08	-101.746	-63.921	-92.029	-122.655	-78.775
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	21.502,85	29.373	43.220	56.110	60.683	25.024
= Ergebnis	-107.478,93	-131.119	-107.141	-148.139	-183.338	-103.799

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	95,00	250	500	0	250	250	250
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0	56.000	0	52.000	32.000	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	95,00	250	56.500	0	52.250	32.250	250
- Personalauszahlungen	56.537,49	79.450	50.901	0	51.919	52.439	52.962
- Sonstige Auszahlungen	-1.940,53	1.100	45.130	0	67.490	77.350	700
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	54.596,96	80.550	96.031	0	119.409	129.789	53.662
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-54.501,96	-80.300	-39.531	0	-67.159	-97.539	-53.412

Erläuterungen

Statistik:

Bisher weniger angeforderte Statistiken (Warten auf Zensusergebnisse).

Der Plan mit 250 Statistiken wurde aufrecht erhalten. Die neue Organisation im IT.NRW beinhaltet auch Änderungen im agrarstatistischen Erhebungsbereich. Erhebungen sind erst wieder für 2013 angekündigt.

Wahlen:

In 2013 steht im Herbst die Bundestagswahl an. Dazu kommen vorbereitende Arbeiten für die Kommunalwahlen 2014. Ab 2013 sind die Kosten für das ADV-Wahlprogramm und die Portokosten für das Briefwahlgeschäft dem Fb 1 zugeordnet und werden im Produkt Wahlen und Statistik nur noch als interne Leistungsverrechnungen dargestellt.

Die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 sollen im Laufe des Jahres den Städten und Gemeinden zur weiteren Auswertung zur Verfügung gestellt werden. Hierdurch könnten evtl. ab 2013 erhöhte Einnahmen im Bereich Statistik dadurch erzielt werden, dass Firmen mehr Anfragen an die Statistik stellen.

Die Personalkosten sind gesunken. Eine Kollegin ist nach der Altersteilzeit in die Rente verabschiedet worden. Die Aufgaben der Statistikstelle

werden für den allgemeinen Bereich fachgebietsintern erledigt. Die Aufgaben einer abgeschotteten Statistikstelle sollen im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung durch den Kreis Lippe wahrgenommen werden.

Kurzbeschreibung

Umfassende Beratung der Hilfesuchenden über die individuellen Rechte und Pflichten in Rentenangelegenheiten

Ziele

Bürger/innen bei der Geltendmachung der Rechte behilflich sein und für umfassende Information sorgen

Auftragsgrundlage

§ 15 Sozialgesetzbuch Teil 1 (SGB I) und Spezialgesetze

Zielgruppe

Alle Bürger/ innen im Bereich der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	2,65	2,15	2,20	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anträge auf Rente	Anz.	1.059	1.100	1.100	-	-	-
Anträge auf Kontenklärung	Anz.	889	1.200	1.200	-	-	-
Zeugenerklärungen	Anz.	5	2	2	-	-	-
Anträge auf Kuren	Anz.	7	3	3	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Beschwerden / Gesamtzahl der Beratungen	%	0,00	-	-	-	-	-
Anzahl der Rentenberatungsgespräche	Anz.	3.925	3.400	3.600	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	26,45	24,68	26,45	-	-	-
Verhältnis Vorgänge zu Einwohner/innen in Detmold	%	0,00	0,01	0,01	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalaufwendungen	133.103,98	115.287	128.266	130.832	132.140	133.461
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.126,30	1.960	2.110	2.110	2.110	2.110
= Ordentliche Aufwendungen	135.230,28	117.247	130.376	132.942	134.250	135.571
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	25.755,81	27.020	34.087	33.453	33.251	33.405
= Ergebnis	-160.986,09	-144.267	-164.463	-166.395	-167.501	-168.976

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalauszahlungen	122.880,82	110.430	122.805	0	125.262	126.514	127.779

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Sonstige Auszahlungen	2.092,22	1.960	2.110	0	2.110	2.110	2.110
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	124.973,04	112.390	124.915	0	127.372	128.624	129.889

Erläuterungen

Für die Planung des nachfrageabhängigen Leistungsumfanges in 2013 wurden die Ergebnisse der letzten Jahre herangezogen. Bei den Rentenanträgen und Zeugenerklärungen ist, wie auch in den Vorjahren, kein Anstieg zu erwarten. Die Anträge auf Kontenklärungen sind leicht angestiegen, weil die Rentenversicherung die Versicherten wieder anschreibt, um geklärt Versicherungskonten zu haben. Bei den Kuranträgen und auch bei den Beratungsgesprächen ist von einem leichten Anstieg auszugehen.

Erträge aus den Sachaufgaben gibt es im Produkt nicht.

Da die Rentenstelle mit nur noch 2 Stellen besetzt ist, wurde im Dezember 2011 die Terminvergabe eingeführt. Die Kundenströme können so gesteuert und lange Wartezeiten vermieden werden.

Allerdings ist seit Anfang Mai 2012 eine Kollegin erkrankt, die verbliebene Kollegin erhält Unterstützung verschiedenster Art (Deutsche Rentenversicherung, Auszubildende, 400 € Kraft), es wird aber schwierig sein, die Plandaten mit zeitweilig nur 50 %-igem Personaleinsatz zu erreichen.

Die Personalkosten in 2013 liegen im Vergleich zum Vorjahr höher, da eine halbe Stelle einer Kollegin aus der Rentenstelle jetzt nicht mehr in der Bürgerberatung, sondern komplett in der Rentenstelle dargestellt wird und eine andere Kollegin als Teilteamleiterin TSC mit 0,3 Stellenanteil in einem anderen Produkt dargestellt wird.

Kurzbeschreibung

Erlaubniserteilung sowie Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung einer geordneten Gewerbeausübung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften; Steigerung des Freizeit- und Informationsangebotes in der Innenstadt

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Gaststättengesetz; Straßen- und Wegegesetz, Preisangabenverordnung, Sondernutzungssatzung

Zielgruppe

Gewerbetreibende im Gebiet der Stadt Detmold sowie alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	1,71	1,91	1,78	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Sondernutzungen kommerziell schriftlich	Anz.	439	350	350	–	–	–
Sondernutzungen kommerziell mündlich	Anz.	673	800	800	–	–	–
Sondernutzungen nicht kommerziell	Anz.	182	150	150	–	–	–
Sonderveranstaltungen Kronenplatz	Anz.	13	14	14	–	–	–
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	3	–	–	–	–	–
Gewerbeuntersagungen	Anz.	26	25	25	–	–	–
Erlaubnisse nach dem GastG	Anz.	134	120	120	–	–	–
Versagungen nach dem GastG	Anz.	1	5	2	–	–	–
Überwachung Preisauszeichnung	Anz.	25	40	40	–	–	–
Anzahl der Beanstandungen	Anz.	5	–	–	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,00	–	–	–	–	–
Beanstandungen zu überprüften Getränkeschankanlagen	%	0,00	–	–	–	–	–
Beanstandungen zu überwachten Preisauszeichnungen	%	0,20	–	–	–	–	–
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	32,95	24,70	40,91	–	–	–
Anzahl der Gewerbemeldungen	Anz.	1.383	1.400	1.400	–	–	–
Auskünfte aus dem Gewerberegister	Anz.	883	1.000	800	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	195.854,88	210.000	201.500	201.500	201.500	201.500
+ Sonstige ordentliche Erträge	6.059,16	5.500	8.000	8.000	8.000	8.000

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Ordentliche Erträge	201.914,04	215.500	209.500	209.500	209.500	209.500
- Personalaufwendungen	91.757,10	67.728	120.969	123.388	124.622	125.868
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.104,58	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
- Bilanzielle Abschreibungen	1.283,00	0	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	2.021,48	1.600	2.000	2.000	2.000	2.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.549,93	2.313	1.533	1.533	1.533	1.533
= Ordentliche Aufwendungen	97.716,09	72.641	125.502	127.921	129.155	130.401
= Ordentliches Ergebnis	104.197,95	142.859	83.998	81.579	80.345	79.099
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	28.193,00	28.976	26.676	26.676	26.676	26.676
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	30.164,65	25.653	34.055	33.166	32.985	33.185
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.971,65	3.323	-7.379	-6.490	-6.309	-6.509
= Ergebnis	102.226,30	146.182	76.619	75.089	74.036	72.590

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	204.866,74	210.000	201.500	0	201.500	201.500	201.500
+ Sonstige Einzahlungen	3.598,85	5.500	8.000	0	8.000	8.000	8.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	208.465,59	215.500	209.500	0	209.500	209.500	209.500
- Personalauszahlungen	70.853,66	54.978	102.334	0	104.380	105.425	106.478
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.104,58	1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
- Transferauszahlungen	2.660,86	1.600	2.000	0	2.000	2.000	2.000
- Sonstige Auszahlungen	1.576,93	2.313	1.533	0	1.533	1.533	1.533
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	76.196,03	59.891	106.867	0	108.913	109.958	111.011
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	132.269,56	155.609	102.633	0	100.587	99.542	98.489

Erläuterungen

Der Leistungsumfang sowie die Finanzplanung wurden auf der Grundlage der vergangenen Jahre geplant und angepasst.

Der Leistungsumfang für den Bereich Gewerbebeanmeldungen und Erlaubnisse nach dem Gaststätten liegt in der Planung.

Die Versagungen nach dem Gaststättengesetz wurden von 5 auf 2 Fälle aktualisiert. Auch hier kommt die Erlaubnisfreiheit für Betriebe ohne den Ausschank von Alkohol zum tragen. Versagungen kommen nur für erlaubnispflichtige Betriebe in Frage (Imbiss, Eisdielen, Kioske usw. fallen weg).

Die Anzahl der Anfragen nach Auskünften aus dem Gewerbeverzeichnis ist weiterhin rückläufig. Eine Aktualisierung auf 800 Auskünfte im Jahr ist daher erforderlich. Auskünfte werden offensichtlich zunächst kostenfrei bzw. kostengünstiger mit Hilfe des Internets eingeholt, denn eine einzelne Auskunft aus dem Gewerbeverzeichnis kostet 15 €.

Der Leistungsumfang im Bereich Sondernutzungen wird in 2013 mit ca. 1.300 Fällen auf dem Niveau der Vorjahre liegen. Insgesamt kommen weniger ambulante Händler außerhalb der Floh- und Jahrmärkte in die Fußgängerzone.

Bei den Erträgen wird ein Ergebnis von rund 210.000 € erwartet.

Der ordentliche Aufwand wird höher sein, als in 2012. Die Erhöhung der Personalkosten ist nur durch die Verschiebung von Stellenanteilen in das Produkt begründet. Das Ergebnis wird voraussichtlich bei rund 77.000 € liegen.

Kurzbeschreibung

Erlaubniserteilung sowie Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung einer geordneten Gewerbeausübung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften; Steigerung des Freizeit- und Kaufangebotes in der Innenstadt

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Marktsatzung

Zielgruppe

Beschicker und Betreiber sowie alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	0,90	0,90	0,95	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	7	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,01	-	-	-	-	-
Zulassungen für Jahrmärkte	Anz.	337	350	340	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	262,25	262,81	278,15	-	-	-
Durchführung Wochenmärkte	Anz.	156	156	156	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	7.600	7.600	7.600	7.600
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	756,30	9.971	3.874	5.246	4.728	5.443
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	152.760,39	138.500	152.000	152.000	152.000	152.000
= Ordentliche Erträge	153.516,69	148.471	163.474	164.846	164.328	165.043
- Personalaufwendungen	62.694,73	59.821	65.925	67.243	67.915	68.595
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.413,50	9.850	9.541	9.541	9.541	9.541
- Bilanzielle Abschreibungen	514,35	12.000	8.050	8.050	8.050	8.050
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	476,26	605	515	515	515	515
= Ordentliche Aufwendungen	73.098,84	82.276	84.031	85.349	86.021	86.701
= Ordentliches Ergebnis	80.417,85	66.195	79.443	79.497	78.307	78.342
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	56.946,95	52.108	59.228	59.331	58.254	58.396
= Ergebnis	23.470,90	14.087	20.215	20.166	20.053	19.946

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	756,30	800	750	0	750	750	750
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	167.049,19	138.500	152.000	0	152.000	152.000	152.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	167.805,49	139.300	152.750	0	152.750	152.750	152.750
- Personalauszahlungen	58.564,50	56.676	61.616	0	62.848	63.476	64.112
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.212,86	9.850	9.541	0	9.541	9.541	9.541
- Sonstige Auszahlungen	476,26	605	515	0	515	515	515
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	68.253,62	67.131	71.672	0	72.904	73.532	74.168
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	99.551,87	72.169	81.078	0	79.846	79.218	78.582

Erläuterungen

Die Zulassungen für Jahrmärkte wird im Vergleich zu den Vorjahren leicht zurückgehen. Grund hierfür ist die allgemeine wirtschaftliche Lage. Die Anfragen der Schausteller sind zurückgegangen.

Die Anzahl der Wochenmärkte bleibt unverändert, was auf die festgelegten Durchführungstage, jeweils Dienstag, Donnerstag und Samstag zurückzuführen ist.

Die Entwicklung bei den Erträgen bleibt abzuwarten; im Ergebnis sollte ein Planansatz in 2013 von rund 163.000 € erreicht werden.

Die ordentlichen Aufwendungen werden in 2013 rd. 2.000 € höher als in 2012 liegen. Für 2013 ist ein Ergebnis von rund 20.000 € zu erwarten.

Die Personalkosten sind nur durch Tariferhöhungen gestiegen.

Kurzbeschreibung

Prüfung und Anordnung von Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung; Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen sowie die Erteilung und Versagung von Genehmigungen und Anordnungen verschiedener Art

Ziele

Sicherstellung eines geordneten Zusammenlebens im Stadtgebiet Detmold durch Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Auftragsgrundlage

Ordnungsbehördengesetz (OBG), Psychischkrankengesetz (PsychKG); Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG); Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG); Landeshundegesetz (LHundG NRW); Ordnungsbehördliche Verordnung und sonstige Spezialgesetze

Zielgruppe

Psychisch Kranke; natürliche und juristische Personen im Stadtgebiet Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	4,11	4,61	4,61	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Sachverhaltsermittlungen für andere ordnungsbehördliche Maßnahme "Bestattung"	Anz.	59	80	70	-	-	-
genehmigte Veranstaltungen mit Schallwiedergabegeräten	Anz.	47	48	48	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	54	80	80	-	-	-
erteilte Erlaubnisse für Hunde der §§ 3 und 10 LHundG NRW	Anz.	61	-	-	-	-	-
Anzahl der angemeldeten Hunde im Stadtgebiet	Anz.	6	4	4	-	-	-
Feststellung bissiger Hunde gem. § 3 LHundG NRW	Anz.	3.216	4.009	3.246	-	-	-
davon große Hunde nach § 11 LHundG NRW	Anz.	10	6	6	-	-	-
Feststellung der Haltungsvoraussetzungen der großen Hunde nach § 11 LHundG NRW	Anz.	1.300	1.300	1.300	-	-	-
Maßnahmen bei Abfallablagerungen	Anz.	276	500	350	-	-	-
Maßnahmen bei Schrottfahrzeugen	Anz.	52	80	70	-	-	-
Sachverhaltsermittlungen für den Produktbereich	Anz.	54	80	70	-	-	-
	Anz.	97	100	100	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,08	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
nachrichtlich: Anzahl der angemeldeten Hunde im Stadtgebiet	Anz.	3.216,00	4.009,00	3.246,00	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	508,90	359,62	479,19	-	-	-
Anzahl der Vorgänge nach OBG	Anz.	101	128	128	-	-	-
Anzahl der Vorgänge Hunde nach LHundG NRW	Anz.	292	510	360	-	-	-
Anzahl der Vorgänge Umweltschutz	Anz.	106	160	140	-	-	-
Anzahl der Vorgänge nach PsychKG	Anz.	103	120	105	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.577,50	4.120	3.620	3.620	3.620	3.620
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	42.781,48	45.000	43.000	43.000	43.000	43.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	25.117,17	8.000	21.500	21.500	21.500	21.500
= Ordentliche Erträge	71.476,15	57.120	68.120	68.120	68.120	68.120
- Personalaufwendungen	269.937,70	271.573	317.184	323.528	326.763	330.030
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.743,11	4.850	3.800	3.800	3.800	3.800
- Bilanzielle Abschreibungen	5.138,87	480	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	67.851,00	77.125	70.770	70.770	70.770	70.770
= Ordentliche Aufwendungen	346.670,68	354.028	391.754	398.098	401.333	404.600
= Ordentliches Ergebnis	-275.194,53	-296.908	-323.634	-329.978	-333.213	-336.480
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	200,00	350	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.113,83	44.312	55.580	55.008	54.977	55.331
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-45.913,83	-43.962	-55.580	-55.008	-54.977	-55.331
= Ergebnis	-321.108,36	-340.870	-379.214	-384.986	-388.190	-391.811

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.629,27	4.120	3.620	0	3.620	3.620	3.620
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	50.014,91	45.000	43.000	0	43.000	43.000	43.000
+ Sonstige Einzahlungen	10.151,03	8.000	21.500	0	21.500	21.500	21.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	63.795,21	57.120	68.120	0	68.120	68.120	68.120
- Personalauszahlungen	238.072,38	241.487	275.805	0	281.322	284.134	286.975
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.743,11	4.850	3.800	0	3.800	3.800	3.800
- Sonstige Auszahlungen	70.573,33	77.125	70.770	0	70.770	70.770	70.770
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	312.388,82	323.462	350.375	0	355.892	358.704	361.545
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-248.593,61	-266.342	-282.255	0	-287.772	-290.584	-293.425

Erläuterungen

Der Leistungsumfang für 2013 ist auf der Grundlage der vergangenen Jahre geplant worden und wird sich gegenüber 2012 in einigen Bereichen leicht verändern. Bei den Einsätzen nach dem Psych KG, den Feststellungen der Haltungsvoraussetzungen großer Hunde, den Umweltschutzmaßnahmen und den Sachverhaltsermittlungen wird mit weniger Fällen gerechnet. Erfahrungswerte aus der Vergangenheit zeigen, dass diese Leistungsumfänge leicht sinken. Bei den Feststellungen der Haltungsvoraussetzungen großer Hunde sind die Altfälle aus der Vergangenheit überwiegend abgeschlossen. Neuanmeldungen großer Hunde sind in dem Umfang nicht mehr zu erwarten. Der Leistungsumfang im Ordnungsbereich ist nachfrageabhängig und teilweise unvorhergesehen. Eine genaue Planung ist daher schwer möglich.

Die Erträge wurden auf der Grundlage des Ergebnisses von 2011 geplant und liegen nur rd. 3.000 € unter dem Ergebnis 2011. Es wird mit rd. 68.000 € Erträge gerechnet. Im Vergleich zu 2012 werden rd. 11.000 € mehr erwartet, vor allem aus Verwaltungsgebühren und Bußgeldern. Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Eine halbe Stelle im Ermittlungsdienst ist nachbesetzt worden, die längere Zeit vakant war.

Es wurden rd. 75.000 € für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und für sonstige ordentliche Aufwendungen eingeplant und damit rd. 7.000 € weniger als im Vorjahr. Für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden voraussichtlich weniger Finanzmittel als in 2012 benötigt.

In 2013 ist die Einführung und Umsetzung eines Krisenmanagements geplant. Auf grund der Erfahrungen u. a. beim NRW-Tag in 2012 kann nunmehr ein Krisenmanagement weiter entwickelt werden.

Kurzbeschreibung

Bewirtschaftung der Parkobjekte, Kontrolle des ruhenden Verkehrs

Ziele

Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrsgesetz, Polizeigesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz

Zielgruppe

Motorisierte Verkehrsteilnehmer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	7,32	7,82	8,53	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	21	-	-	-	-	-
Anzahl der Verwarnungen	Anz.	31.435	32.000	35.000	-	-	-
Anzahl der Bußgelder	Anz.	2.749	3.000	4.000	-	-	-
Kontrolle und Überwachung des ruhenden Verkehrs	Anz.	-	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Personalaufwand / Aufwendungen	%	33,61	38,91	43,71	44,86	45,63	46,15

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	0	130	130	130	130
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	975.629,96	980.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	500	500	500	500	500
+ Sonstige ordentliche Erträge	318.843,85	350.000	400.000	400.000	400.000	400.000
= Ordentliche Erträge	1.294.473,81	1.330.500	1.400.630	1.400.630	1.400.630	1.400.630
- Personalaufwendungen	356.704,06	369.974	418.461	426.830	431.099	435.408
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	248.963,41	249.350	254.700	254.700	254.700	254.700
- Bilanzielle Abschreibungen	3.395,60	826	626	626	626	626
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	42.044,53	32.809	46.667	32.910	38.550	32.910
= Ordentliche Aufwendungen	651.107,60	652.959	720.454	715.066	724.975	723.644
= Ordentliches Ergebnis	643.366,21	677.541	680.176	685.564	675.655	676.986
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	3.975	3.995	4.000	4.000	4.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	783.627,50	681.516	684.171	689.564	679.655	680.986
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-783.627,50	-677.541	-680.176	-685.564	-675.655	-676.986
= Ergebnis	-140.261,29	-0	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	971.506,49	980.000	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	500	500	0	500	500	500
+ Sonstige Einzahlungen	318.403,79	350.000	400.000	0	400.000	400.000	400.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.289.910,28	1.330.500	1.400.500	0	1.400.500	1.400.500	1.400.500
- Personalauszahlungen	335.627,44	349.443	395.068	0	402.969	407.000	411.068
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	248.559,41	249.350	254.700	0	254.700	254.700	254.700
- Sonstige Auszahlungen	41.135,94	31.449	42.667	0	31.550	34.550	31.550
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	625.322,79	630.242	692.435	0	689.219	696.250	697.318
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	664.587,49	700.258	708.065	0	711.281	704.250	703.182
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	69,95	1.560	4.200	0	1.560	4.200	1.560
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	69,95	1.560	4.200	0	1.560	4.200	1.560
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	664.517,54	698.698	703.865	0	709.721	700.050	701.622

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,8	0,0	0,1	1,6	4,2	0,0	1,6	4,2	1,6
Saldo Investitionstätigkeit	-0,8	0,0	-0,1	-1,6	-4,2	0,0	-1,6	-4,2	-1,6

Erläuterungen

Durch die Kontrolle des Ruhenden Verkehrs wird die Einhaltung von verkehrsrechtlichen Anordnungen auf der Grundlage der Straßenverkehrsordnung, des Straßenverkehrsgesetzes, des Polizeigesetzes sowie des Ordnungswidrigkeitengesetzes überwacht. Ziel ist dabei die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Straßenraum.

Es muss davon ausgegangen werden, dass die Verwarnungen und Bußgelder auf grund der Personalsituation steigen werden.

Der Fachbereich 3 rechnet insgesamt mit ordentlichen Erträgen in einer Höhe von rd. 1.400.000 Euro. Davon allein aus den Parkvorgängen an Straßen und Plätzen 1.000.000 Euro sowie aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung 400.000 Euro.

Die Ausgaben für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind in Höhe von rd. 297.000 Euro kalkuliert worden und liegen damit um rd. 16.000 € höher als in 2012. Durch den Vertrag mit der SVD ist bei höheren Einnahmen auch mit höheren Ausgaben zu rechnen.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr und dem Rechnungsergebnis 2011 gestiegen. Eine zusätzliche Stelle bei den Verkehrsüberwachungskräften soll aufgrund eines politischen Beschlusses aus dem Jahr 2012 in 2013 eingerichtet werden. Dieser Auftrag wird durch Stundenaufstockung und Ausschreibung einer halben Stelle umgesetzt.

Der verstärkte Einsatz von Personal zur Verkehrsüberwachung wird 2013 zu einem höheren Aufwand führen. Ein Konzept zur Weiterentwicklung dieses Aufgabenbereiches wird entwickelt und zeitnah vorgestellt werden.

Kurzbeschreibung

Bekämpfung von Bränden
 Hilfeleistung bei Unglücksfällen, öffentlichen Notständen
 Naturereignissen, Explosionen

Ziele

Die Detmolder Bevölkerung jederzeit und schnellstmöglich zu schützen bzw. zu versorgen

Auftragsgrundlage

FSHG, UVV und FwDV

Zielgruppe

Detmolder Bevölkerung und deren Sachwerte

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	34,50	30,60	31,20	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Einsätze zur Brandbekämpfung und techn. Hilfeleistung	Anz.	483	470	480	-	-	-
Hilfeleistung bei öffentlichen Notständen	Anz.	0	0	0	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Brandeinsätze	Anz.	227	220	200	-	-	-
Anzahl der technischen Hilfeleistungen	Anz.	256	250	280	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Einsatz	€	6.120	6.249	6.112	-	-	-
Einsätze mit Erreichung der Hilfsfrist/Gesamtzahl zeitkritischer Einsätze	%	85	90	90	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	59.098,00	82.921	110.570	108.000	107.380	107.500
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	34.908,83	39.000	40.000	40.000	40.000	40.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.012,87	14.700	15.000	15.000	15.000	15.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.286,50	10.600	10.100	10.100	10.100	10.100
+ Sonstige ordentliche Erträge	6.728,57	960	6.060	6.060	6.060	6.060
= Ordentliche Erträge	126.034,77	148.181	181.730	179.160	178.540	178.660
- Personalaufwendungen	1.927.206,43	1.954.131	1.959.990	1.998.160	2.017.640	2.037.290
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	330.610,33	307.270	332.900	349.900	313.900	318.900
- Bilanzielle Abschreibungen	224.308,00	196.971	221.050	247.100	243.800	247.200
- Transferaufwendungen	9.020,40	5.350	9.100	9.100	9.100	9.100
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	176.207,67	202.850	200.650	199.550	192.550	199.550

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Ordentliche Aufwendungen	2.667.352,83	2.666.572	2.723.690	2.803.810	2.776.990	2.812.040
= Ordentliches Ergebnis	-2.541.318,06	-2.518.391	-2.541.960	-2.624.650	-2.598.450	-2.633.380
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	92,92	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	290.627,87	270.402	286.720	290.241	294.230	292.174
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-290.534,95	-266.402	-282.720	-286.241	-290.230	-288.174
= Ergebnis	-2.831.853,01	-2.784.793	-2.824.680	-2.910.891	-2.888.680	-2.921.554

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.050,00	0	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	36.847,82	39.000	40.000	0	40.000	40.000	40.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.524,17	14.760	15.060	0	15.060	15.060	15.060
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	10.287,49	10.600	10.100	0	10.100	10.100	10.100
+ Sonstige Einzahlungen	6.728,57	900	6.000	0	6.000	6.000	6.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	72.438,05	65.260	71.160	0	71.160	71.160	71.160
- Personalauszahlungen	1.393.120,66	1.408.247	1.638.470	0	1.412.550	1.426.170	1.439.920
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	325.684,22	307.270	332.900	0	349.900	313.900	318.900
- Transferauszahlungen	9.020,40	5.350	9.100	0	9.100	9.100	9.100
- Sonstige Auszahlungen	116.619,90	156.350	157.150	0	147.550	140.550	147.550
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.844.445,18	1.877.217	2.137.620	0	1.919.100	1.889.720	1.915.470
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.772.007,13	-1.811.957	-2.066.460	0	-1.847.940	-1.818.560	-1.844.310
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	138.532,01	138.600	138.600	0	138.600	138.600	138.600
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	0,00	500	500	0	500	500	500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	138.532,01	139.100	139.100	0	139.100	139.100	139.100
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm. (Kassenwirksamkeit)	86.119,53	162.000	739.500	130.000	952.000 (130.000)	582.000 (0)	412.000 (0)
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	86.119,53	162.000	739.500	130.000	952.000	582.000	412.000
= Saldo aus Investitionstätigkeit	52.412,48	-22.900	-600.400	-130.000	-812.900	-442.900	-272.900
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-1.719.594,65	-1.834.857	-2.666.860	-130.000	-2.660.840	-2.261.460	-2.117.210

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
B02083201 Anschaffung von Geräten oberhalb von 410 EUR, Feuerwehr DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	250,0	0,0	30,3	49,0	140,0	0,0	30,0	30,0	50,0
B02083202 Pauschale für das Feuerwehrwesen									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	138,5	138,6	138,6	0,0	138,6	138,6	138,6
B02083204 Anschaffung von Fahrzeugen, Feuerwehr DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.185,0	0,0	0,0	48,0	535,0	130,0	860,0	490,0	300,0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	42,5	0,0	55,8	65,0	64,5	0,0	62,0	62,0	62,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-42,5	0,0	-55,8	-64,5	-64,0	0,0	-61,5	-61,5	-61,5
Saldo Investitionstätigkeit	-2.477,5	0,0	52,4	-22,9	-600,4	-130,0	-812,9	-442,9	-272,9

Erläuterungen

Der derzeitige Brandschutzbedarfsplan vom 20.09.2007 in Verbindung mit dem Ratsbeschluss vom 11.07.2002 zur langfristigen Umsetzung der neuen Fahrzeugstruktur und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen stellen im Planungsergebnis dar, was zum einem Schutzziele mit einem bestmöglichen Sicherheitsniveau festgelegt und damit das Risikopotential für die Detmolder Bevölkerung minimiert und zum anderen eine effiziente Entwicklung im Feuerwehrbereich ermöglicht. Der voraussichtliche in 2013 fortgeschriebene Brandschutzbedarfsplan wird z. Z. mit folgenden Zielsetzungen und Maßnahmen durchgeführt:

- Planerischer Zielerreichungsgrad für das Schutzziel I 90%
- Planung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses in Pivitsheide (Baudurchführung 2014)
- Fortschreibung der langfristigen Umsetzung der Fahrzeugstruktur bis 2025

Im abweichenden Brandschutz entstehen naturgemäß die größten Positionen des Mittelabflusses sächlicher wie personeller Art (Vorhaltekosten).

Durch den Wechsel der Fachbereichsleitung zur Fachgebietsleitung sind 0,6 Stellenanteile mehr in diesem Produkt entstanden. Diese Stellenanteile stellen sich im Fachbereich als neutral dar.

Für den Haushalt 2013 gibt es erhöhte Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Im einzelnen sind es Mehrausgaben für Ausbildung, Austausch von Atemschutzgeräten und Fahrzeugunterhaltung.

Gleichzeitig ist dieses Produkt mit der höchsten Planungssicherheit behaftet. Die zur Erfüllung der Aufgaben notwendigen Vorhaltungen bestimmen im Wesentlichen die Ausgaben.

Hauptaufgabe des FG 3.4 wird es sein, das erforderliche Maß an Sicherheit in Einklang zu bringen mit der größtmöglichen Qualität der Leistungen und darüber hinaus die Effizienz zu optimieren.

Erläuterungen zu Investitionen:

Für 2013 sind Investitionen von 739.500 €; geplant.

Im einzelnen sind das:

- Gerätebeschaffung 150.000 € (110.000 € Digitalfunk, 40.000 € Geräte)
- Fahrzeugbeschaffung 535.000 € (290.000 € LF20/16, 170.000 € Anzahlung HLF 20/16, 50.000 € ELW/MTF, 25.000 € Komandowagen)
- Bekleidung und persönliche Ausstattung 52.000 €
- Büroausstattung 2.500 €

Planungsstand nach § 14 GemHVO:

Zu B 02083204: Die Voraussetzungen des § 14 GemHVO sind erfüllt.

Kurzbeschreibung

Beteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren - Brandschau - Brandsicherheitswachen - Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren

Ziele

Verhindern von Gefährdungen für Personen und Sachen

Auftragsgrundlage

FSHG, UVV und FwDV

Zielgruppe

Personen, Betriebe, Einrichtungen in Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	2,30	2,30	2,30	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Vorgänge gesamt	Anz.	377	410	560	0	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anteil der Brandschauen mit erheblichen Mängeln zur Gesamtzahl der Brandschauen	%	0	5	40	-	-	-
Anzahl der Brandschauen	Anz.	11	80	200	-	-	-
Anzahl der Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren	Anz.	204	180	190	-	-	-
Beratungen	Anz.	162	150	170	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	300	381	340	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.014,00	30.500	30.500	30.500	30.500	30.500
= Ordentliche Erträge	1.014,00	30.500	30.500	30.500	30.500	30.500
- Personalaufwendungen	102.950,42	141.891	175.785	179.336	181.116	182.957
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	397,62	4.400	4.400	4.400	4.400	4.400
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.348,78	33.023	33.020	33.020	33.020	33.020
= Ordentliche Aufwendungen	111.696,82	179.314	213.205	216.756	218.536	220.377
= Ordentliches Ergebnis	-110.682,82	-148.814	-182.705	-186.256	-188.036	-189.877
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.701,20	2.616	2.743	2.778	2.821	2.810
= Ergebnis	-113.384,02	-151.430	-185.448	-189.034	-190.857	-192.687

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.014,00	30.500	30.500	0	30.500	30.500	30.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.014,00	30.500	30.500	0	30.500	30.500	30.500
- Personalauszahlungen	93.797,88	103.770	127.835	0	126.756	128.006	129.317
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	468,09	4.400	4.400	0	4.400	4.400	4.400
- Sonstige Auszahlungen	8.348,78	33.023	33.020	0	33.020	33.020	33.020
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	102.614,75	141.193	165.255	0	164.176	165.426	166.737
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-101.600,75	-110.693	-134.755	0	-133.676	-134.926	-136.237

Erläuterungen

In den letzten Jahren wurden im FB 3 die Aktivitäten im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes intensiviert.

Die Grundüberlegung war, dass die Vermeidung von Bränden nicht allein durch das bloße Beachten von Brandschutzvorschriften zu erreichen ist. Vielmehr soll durch Brandschutzerziehungsmaßnahmen im Kindergartenalter und im Schulbereich das diesbezügliche Verhalten in Brandsituationen geschärft werden. In enger Zusammenarbeit mit der Wehrführung wurden ab Herbst 2001 die Maßnahmen zur Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung (BEBA) systematisch verstärkt.

Mit Wirkung vom 01.01.2011 wurde die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Detmold (Brandschau-Gebührensatzung) vom 16.12.2010 durch den Rat beschlossen.

Nach Abstimmung mit dem damaligen Fachbereich 9 (heute FB 2) ist das Projekt BEBA in den Kindergärten und Kindertagesstätten erfolgreich in 2002 gestartet. Beteiligung und Resonanz sind hervorragend. Das Projekt wird 2012 ff. fortgeführt.

Die Anstrengungen im Vorbeugenden Brandschutz (Brandschauen) beziehen sich jedoch im Wesentlichen auf die Sicherheit in öffentlichen Gebäuden und Gewerbebetrieben.

Seit Mai 2004 nimmt die Feuerwehr der Stadt Detmold die Aufgaben der Brandschutzdienststelle nach FSHG als Pflichtaufgabe wahr, dazu gehören im Wesentlichen die brandschutztechnischen Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren, zu Brandschutzkonzepten, Rettungswegen usw.

Kurzbeschreibung

Transport von Nicht - Notfallpatienten (Krankentransport)

Ziele

Fachgerechte Hilfe zu leisten
 Unter Betreuung zu transportieren

Auftragsgrundlage

Rett.-Gesetz, RettAss.-Gesetz, Bundesseuchengesetz, Rettungsbedarfsplan

Zielgruppe

Menschen im rettungsdienstlichen Versorgungsbereich

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	6,55	6,55	7,55	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Einsätze	Anz.	3.088	3.200	3.000	-	-	-
Durchschnittliche Betriebsaufwand je Ein- satz	€	174	177	198	-	-	-
Quote der Einsätze mit Einhaltung der Ein- treffzeiten / Gesamtzahl der Einsätze	%	82	80	80	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	432,00	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	301.357,30	555.797	592.456	605.832	613.015	627.077
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	400	400	400	400	400
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	10.000	5.000	5.000	5.000	5.000
= Ordentliche Erträge	301.789,30	566.197	597.856	611.232	618.415	632.477
- Personalaufwendungen	300.671,09	319.802	325.410	331.890	335.170	338.520
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	140.543,32	163.800	169.780	169.780	169.780	169.780
- Bilanzielle Abschreibungen	36.012,66	24.620	34.880	41.210	44.360	56.580
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	11.901,70	14.850	21.500	21.500	21.500	21.500
= Ordentliche Aufwendungen	489.128,77	523.072	551.570	564.380	570.810	586.380
= Ordentliches Ergebnis	-187.339,47	43.125	46.286	46.852	47.605	46.097
- Aufwendungen aus internen Leistungsbezie- hungen	54.948,45	43.125	46.286	46.852	47.605	46.097
= Ergebnis	-242.287,92	0	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
--	---------------------------	----------------	----------------	------------	-----------------	-----------------	-----------------

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	725.014,97	542.876	592.456	0	605.832	613.015	627.077
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	366,79	400	400	0	400	400	400
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	10.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	725.381,76	553.276	597.856	0	611.232	618.415	632.477
- Personalauszahlungen	289.360,67	306.276	312.440	0	318.650	321.800	325.030
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	178.349,35	163.800	169.780	0	169.780	169.780	169.780
- Sonstige Auszahlungen	11.460,17	12.050	18.700	0	18.700	18.700	18.700
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	479.170,19	482.126	500.920	0	507.130	510.280	513.510
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	246.211,57	71.150	96.936	0	104.102	108.135	118.967
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.277,69	23.300	23.300	0	108.300	111.300	115.300
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.277,69	23.300	23.300	0	108.300	111.300	115.300
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	244.933,88	47.850	73.636	0	-4.198	-3.165	3.667

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
B02083300 Anschaffung von Fahrzeugen, Krankentransport und Rettungsdienst DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	310,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0	103,0	107,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	37,0	0,0	1,3	23,3	23,3	0,0	8,3	8,3	8,3
Saldo Investitionstätigkeit	-347,0	0,0	-1,3	-23,3	-23,3	0,0	-108,3	-111,3	-115,3

Erläuterungen

Auf der Grundlage des Rettungsbedarfsplanes für den Kreis Lippe wurde auch erstmalig eine eigene städtische Gebührensatzung erstellt. Der Kreis Lippe hat diesen Rettungsbedarfsplan überarbeitet und am 13.12.2010 mit Wirkung zum 01.01.2011 verabschiedet.

Die Entwicklung der Einsatzzahlen 2011 gab zum Anlass, in Kooperation mit dem Kreis Lippe zum 01.04.2012 eine den Erfordernissen angepasste Gebührensatzung zu erlassen. Erstmals kommt eine Abrechnungspauschale zum Tragen.

Der FB 3 rechnet für das Jahr 2013 mit einer Verringerung der Krankentransporteinsätze um ca. 3% gegenüber dem Jahr 2011. Es sind voraussichtlich 3.000 Einsätze zu erwarten.

Durch die Mehrzweckfahrzeugstrategie ist auch das Produkt 200 (RTW/Transport von Notfallpatienten) an dem Produkt 100 beteiligt und der RTW führt auch KTW-Transporte durch.

Für den Haushalt 2013 erhöhen sich die Personalkosten geringfügig. Für das Produkt musste auf Grund einer Schwangeschaft bereits im Jahr 2012 eine Vertretung eingestellt werden. Die funktionsgerechte Besetzung der Rettungsmittel und daraus resultierende Personalkosten ergeben sich aus dem Rettungsbedarfsplan und werden zu 100 % aus den Gebühreneinnahmen finanziert.

20.500 € werden investiv für Ersatzbeschaffung von Geräten und 2.800 € für Bekleidung und persönliche Ausrüstung im Haushalt 2013 voraussichtlich benötigt.

Kurzbeschreibung

Lebensrettende Sofortmaßnahmen
 Transportfähigkeit herstellen
 Transport von Notfallpatienten

Ziele

Vitale Funktion herstellen und aufrechterhalten
 Notfallpatienten unter Betreuung zu transportieren

Auftragsgrundlage

Rett.-Gesetz, RettAss.-Gesetz, Bundesseuchengesetz, Rettungsbedarfsplan

Zielgruppe

Menschen im rettungsdienstlichen Versorgungsbereich

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	20,73	20,73	20,73	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Einsätze	Anz.	4.424	4.200	5.100	-	-	-
Anzahl der Einsätze nach 21.00 Uhr / Gesamtzahl der Einsätze	%	18	18	19	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Einsatz	€	305	333	302	-	-	-
Einsätze mit Erreichung der Hilfsfrist / Gesamtzahl der zeitkritischen Einsätze	%	91	90	90	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	432,00	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.327.191,43	1.389.298	1.533.562	1.546.496	1.575.333	1.585.749
+ Sonstige ordentliche Erträge	5.014,30	11.000	5.000	5.000	5.000	5.000
= Ordentliche Erträge	1.332.637,73	1.400.298	1.538.562	1.551.496	1.580.333	1.590.749
- Personalaufwendungen	984.875,37	1.037.775	1.142.770	1.165.600	1.177.260	1.189.060
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	205.520,47	219.770	281.810	281.810	281.810	281.810
- Bilanzielle Abschreibungen	74.727,00	76.148	42.000	31.540	47.950	48.300
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.748,29	18.100	24.500	24.500	24.500	24.500
= Ordentliche Aufwendungen	1.288.871,13	1.351.793	1.491.080	1.503.450	1.531.520	1.543.670
= Ordentliches Ergebnis	43.766,60	48.505	47.482	48.046	48.813	47.079
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	61.961,67	48.505	47.482	48.046	48.813	47.079
= Ergebnis	-18.195,07	-0	0	-0	-0	-0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	933.305,22	1.337.613	1.533.562	0	1.546.496	1.575.333	1.585.749
+ Sonstige Einzahlungen	5.014,30	11.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	938.319,52	1.348.613	1.538.562	0	1.551.496	1.580.333	1.590.749
- Personalauszahlungen	795.945,44	795.862	972.930	0	880.370	889.170	898.080
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	175.963,37	219.770	281.810	0	281.810	281.810	281.810
- Sonstige Auszahlungen	18.311,27	14.000	19.000	0	19.000	19.000	19.000
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	990.220,08	1.029.632	1.273.740	0	1.181.180	1.189.980	1.198.890
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-51.900,56	318.981	264.822	0	370.316	390.353	391.859
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	5.895,15	167.100	120.000	0	171.000	176.000	10.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.895,15	167.100	120.000	0	171.000	176.000	10.000
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-57.795,71	151.881	144.822	0	199.316	214.353	381.859

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
B02083301 Anschaffung von Fahrzeugen, Krankentransport und Rettungsdienst DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	327,0	0,0	0,0	143,5	0,0	0,0	161,0	166,0	0,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	128,0	0,0	5,9	23,6	120,0	0,0	10,0	10,0	10,0
Saldo Investitionstätigkeit	-455,0	0,0	-5,9	-167,1	-120,0	0,0	-171,0	-176,0	-10,0

Erläuterungen

Auf der Grundlage des Rettungsbedarfsplanes für den Kreis Lippe wurde auch erstmalig eine eigene städtische Gebührensatzung erstellt. Der Kreis Lippe hat diesen Rettungsbedarfsplan überarbeitet und am 13.12.2010 mit Wirkung zum 01.01.2011 verabschiedet.

Die Entwicklung der Einsatzzahlen 2011 gab zum Anlass, in Kooperation mit dem Kreis Lippe zum 01.04.2012 eine den Erfordernissen angepasste Gebührensatzung zu erlassen. Erstmals kommt eine Abrechnungspauschale zum Tragen.

Der FB 3 rechnet für das Jahr 2013 mit einer Steigerung der Rettungsdiensteinsätze um ca. 15 % gegenüber dem Jahr 2011. Es sind voraussichtlich 5.100 Einsätze zu erwarten.

Durch die Mehrzweckfahrzeugstrategie wird auch das Produkt 100 (KTW/Transport von Kranken) bedient und der RTW führt auch KTW-Transporte durch.

Für den Haushalt 2013 erhöhen sich die Personalkosten. Der zweite RTW wird jetzt 24 Stunden auf Grund des Rettungsbedarfsplanes vorgehalten. Daraus ergibt sich eine Erhöhung der Vorhaltestunden um 6360 Stunden pro Jahr. Die Krankenkassen haben diesen Mehrkosten zugestimmt. Die daraus resultierenden Personalkosten ergeben sich aus dem Rettungsbedarfsplan und werden zu 100 % aus den Gebühreneinnahmen finanziert.

114.500 € werden investiv für Ersatzbeschaffung von Geräten und 5.500 € für Bekleidung und persönliche Ausrüstung im Haushalt 2013 voraussichtlich benötigt.

Kurzbeschreibung

Beurkundung von Geburten und Sterbefällen; Nachregistrierung von Personenstandsfällen im Ausland; Anmeldungen zur Eheschließung, Beratung nach deutschem und internationalem Recht, Durchführung von Eheschließungen, Ausstellen von Ehefähigkeitszeugnissen; Führung der entsprechenden Register und Ausstellung von Urkunden

Ziele

Schaffung beweiskräftiger deutscher Personenstandsurkunden und Rechtssicherheit im Personenstandswesen

Auftragsgrundlage

Personenstandsgesetz, Personenstandsverordnung, Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörde, BGB, internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, BVFG

Zielgruppe

Deutsche und Ausländer

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	–	5,96	5,97	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anmeldung zur Eheschließung	Anz.	348	300	350	–	–	–
eingetragene Lebenspartnerschaften	Anz.	2	2	2	–	–	–
behördliche Namensänderung	Anz.	33	25	10	–	–	–
Führung der Personenstandsbücher	Anz.	5.877	6.000	6.000	–	–	–
Ausstellung von Personenstandsurkunden	Anz.	2.826	2.500	3.000	–	–	–
Beschwerden/Lob	Anz.	2	–	–	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl von Eheschließungen von Nicht-Detmoldern in Detmold / Gesamtzahl von Eheschließungen	%	0,13	0,10	0,09	–	–	–
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	40,90	34,50	35,92	–	–	–
durchschnittlicher Ertrag je Vorgang	€	11,17	9,25	10,61	–	–	–
Anzahl der Geburten	Anz.	1.171,00	1.500,00	1.600,00	–	–	–
Anzahl der Eheschließungen	Anz.	330,00	300,00	350,00	–	–	–
Anzahl der Sterbefälle	Anz.	1.126,00	1.125,00	1.125,00	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	93.964,50	95.000	110.000	110.000	110.000	110.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.154,00	7.000	7.500	7.500	7.500	7.500
= Ordentliche Erträge	101.118,50	102.000	117.500	117.500	117.500	117.500
- Personalaufwendungen	316.871,12	333.435	346.143	353.066	356.597	360.164
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	3.000	0	3.000	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Bilanzielle Abschreibungen	559,00	527	527	527	446	446
- Transferaufwendungen	240,00	240	240	240	240	240
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.644,62	10.950	11.510	11.510	11.510	11.510
= Ordentliche Aufwendungen	328.314,74	345.152	361.420	365.343	371.793	372.360
= Ordentliches Ergebnis	-227.196,24	-243.152	-243.920	-247.843	-254.293	-254.860
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71.275,51	64.558	75.306	72.980	72.585	73.151
= Ergebnis	-298.471,75	-307.710	-319.226	-320.823	-326.878	-328.011

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	93.964,50	95.000	110.000	0	110.000	110.000	110.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.154,00	7.000	7.500	0	7.500	7.500	7.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	101.118,50	102.000	117.500	0	117.500	117.500	117.500
- Personalauszahlungen	280.253,46	291.673	301.215	0	307.239	310.312	313.416
- Transferauszahlungen	240,00	240	240	0	240	240	240
- Sonstige Auszahlungen	10.644,62	10.950	11.510	0	11.510	11.510	11.510
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	291.138,08	302.863	312.965	0	318.989	322.062	325.166
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-190.019,58	-200.863	-195.465	0	-201.489	-204.562	-207.666
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	0	3.000	0	0	3.000	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	3.000	0	0	3.000	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-190.019,58	-200.863	-198.465	0	-201.489	-207.562	-207.666

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	3,0	0,0	0,0	3,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	-3,0	0,0	0,0	-3,0	0,0

Erläuterungen

Die Prognose für 2013 orientiert sich an den Planzahlen für 2012.

In 2012 wurde die neue Geburtenabteilung im Klinikum Detmold eröffnet und gleichzeitig wurde der Kreissaal in Lemgo geschlossen. Wie sich diese Veränderung auf die Geburtenzahl in 2012 auswirkt ist abzuwarten. Es wird angenommen, dass sich die Geburtenzahl von 1171 in 2011 auf etwa 1600 in 2012 erhöht und dass dieser Wert auch im Jahr 2013 fortbesteht.

Ein Anstieg der Geburten würde sich auch auf die Bereiche "Urkundenausstellungen" und "Führung der Personenstandsregister" nach oben hin auswirken.

Wie sich bereits in der 1. Jahreshälfte 2012 abgezeichnet hat, hat sich die Zahl der Trauungen im Vergleich zu 2011 erhöht. Dieser Trend könnte sich auch im Jahr 2013 halten. Denn das Trauungsangebot, Eheschließungen außerhalb unserer Öffnungszeiten und im besonderen Ambiente durchzuführen, wurde ausgeweitet.

Die Anträge auf eine behördliche Namensänderung sind von Jahr zu Jahr stark schwankend. Im laufenden Jahr 2012 sind in der 1. Jahreshälfte bislang nur 3 Anträge gestellt worden. Das Jahresergebnis 2011 beziffert wiederum 33 Anträge.

Im Übrigen weicht der Leistungsumfang vom Ergebnis 2011 nicht stark ab.

Durch die neue Gebührenordnung wegen der Ausweitung unseres Eheschließungsangebots und der gestiegenen Geburtenzahl werden mehr Einnahmen zu erwarten sein (rund 118.000 €).

Die ordentlichen Aufwendungen werden in 2013 steigen. Dies liegt vor allem an den Personalkosten. Die Personalkosten werden durch die Rückkehr einer Kollegin aus der Elternzeit steigen. Die Differenz zu den Vorjahren ist auch dadurch erklärbar, dass eine Kollegin langzeiterkrankt war und aus der Lohnfortzahlung gefallen ist.

Kurzbeschreibung

Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen, Feststellung über deutsche Staatsangehörigkeit

Ziele

Eingliederung von ausländischen Mitbürger/innen

Auftragsgrundlage

Staatsangehörigkeitsgesetz, Ausländergesetz, Art. 116 Abs. II GG, § 21 HAG

Zielgruppe

Ausländische Mitbürger/ innen im Gebiet der Stadt Detmold und Aussiedler/ innen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	–	0,93	0,92	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anträge eigene Zuständigkeit: Einbürgerung von Ausländern mit langjährigem Aufenthalt neue Anträge	Anz.	111	110	120	–	–	–
Summe der Vorgänge	Anz.	3.128	2.265	2.638	–	–	–
Kurzberatungen bis 10 Minuten	Anz.	1.988	1.300	1.500	–	–	–
Beratungen mehr als 10 Minuten	Anz.	907	700	850	–	–	–
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	2	–	–	–	–	–
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	80	110	120	–	–	–
Ehegatten von Deutschen: neue Anträge	Anz.	15	15	15	–	–	–
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	11	15	15	–	–	–
Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit: neue Anträge	Anz.	16	5	8	–	–	–
sonstige Einbürgerungen: neue Anträge	Anz.	0	5	5	–	–	–
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	0	5	5	–	–	–
Anträge mit Zuständigkeit der Bezirksregierung; neue Anträge	Anz.	0	–	–	–	–	–
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	0	–	–	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,00	–	–	–	–	–
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	21,19	30,74	27,66	–	–	–
Anzahl der durchgeführten Einbürgerungen	Anz.	91,00	130,00	140,00	–	–	–
Anzahl der Beratungen	Anz.	2.895,00	2.000,00	2.350,00	–	–	–

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	22.130,50	25.100	22.125	22.125	22.125	22.125

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Ordentliche Erträge	22.130,50	25.100	22.125	22.125	22.125	22.125
- Personalaufwendungen	58.438,69	61.170	64.455	65.744	66.401	67.065
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	333	333	333	333	333
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	489,14	1.230	525	525	525	525
= Ordentliche Aufwendungen	58.927,83	62.733	65.313	66.602	67.259	67.923
= Ordentliches Ergebnis	-36.797,33	-37.633	-43.188	-44.477	-45.134	-45.798
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.715,55	6.888	13.242	13.040	12.797	12.672
= Ergebnis	-44.512,88	-44.521	-56.430	-57.517	-57.931	-58.470

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	21.593,50	25.100	22.125	0	22.125	22.125	22.125
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	21.593,50	25.100	22.125	0	22.125	22.125	22.125
- Personalauszahlungen	41.633,01	43.043	43.796	0	44.672	45.118	45.570
- Sonstige Auszahlungen	455,85	1.230	525	0	525	525	525
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	42.088,86	44.273	44.321	0	45.197	45.643	46.095
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-20.495,36	-19.173	-22.196	0	-23.072	-23.518	-23.970

Erläuterungen

Der Leistungsumfang wurde aufgrund der Tendenz des letzten halben Jahres veranschlagt. Es wird damit gerechnet, dass es im Bereich der Einbürgerungen (tatsächlich und durchgeführt) von Ausländern zu einer Steigerung kommt, wenn auch nicht so stark wie noch zu Beginn des ersten Quartals angenommen. Die Zahl der wahrgenommenen Beratungen ist weiterhin steigend; entsprechend lautet auch die Prognose für 2013.

Einnahmen durch Verwaltungsgebühren werden auf dem Niveau des vorl. Ergebnisses 2011 erwartet.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Ergebnis 2012 leicht erhöht. Es wurden vor allem mehr Finanzmittel für die Zuführung zu Pensionsrückstellungen und zu Beihilferückstellungen eingeplant.

Der Sachaufwand zeigt Abweichungen zum Ergebnis 2012 dahingehend, dass aktuelle Fachliteratur zu besorgen war. Dieses wird in geringerem Umfang auch 2013 erforderlich sein.